Nr. 150 6. Juni 1991



auswärts 2,50 DM

Wöchentliches Berlin-Info 2 DM

KANZLER KOHL ZUR HAUPSTADTFRAGE:

Welcher Unfall ?

Hallo zum Einhundertfünfzigsten,
den Herrschenden in der Frage des Regierungssitzes Entscheidungshilfe zu gewähren, begrüßen wir aufs Schärfste. Darum, am 17.6. alle auf die Straße! Zwar gibt es auch in Berlin Gegenden, wo das Anbringen eines Zigarettenautomats schon als kulturelle Errungenschaft gefeiert wird, doch das ist nicht alles. Laßt uns gemeinsam die Stadt zum Brodeln bringen; wenn uns die Wettergöttin schon im Stich läßt, sorgen wir wenigstens für einen heißen Sommer, an dem sich die Bonzen und ihre Schergen die Finger verbrennen. Unübersehbar, unüberhörbar, unschlagbar - brechen wir dem Regierungssitz die Stuhlbeine.
Jetzt mal was zum leidigen Layout-Thema: Leute, wenn ihr wollt, daß niemand eure Sachen liest, dann nur weiter so mit der Bleiwüste. Im Ernst, es ist grauenhaft. Ein Telefonbuch ist echt'n Kunstwerk dagegen. Wenn teilweise noch nicht mal Überschriften dabei sind, wirds langsam unerträglich. Wir haben wieder mal entgegen unserem Kriterium nicht eure Layouter sein zu wollen, ein wenig korrigierend eingegriffen.
Ansonsten sehen wir uns alle am Freitag auf der Lesben- und Schwulendemo gegen faschistische Gewalt.
Technix: Redaktionsschluß ist Montag, der Zeilenabstand einzeilig.

Am Schluß gratulieren wir noch zur besten und leider wahrscheinlich auch einzigen Hippiefete des Jahres vom letzten Samstach.

INHALTE, WIR BRAUCHEN MEHR INHALTE:

IMPRESSUM

Herausgeberin:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2 a
1000 Berlin 61

Redaktionsanschrift: s. o.

V.I.S.d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag



und das alles findet ihr im ordner:
-wir halten nicht mehr länger das maul/antwort an hanna cash
-zur u-bahnaktion gegen fahrpreiserhöhung am 30.5.
-erklärung zur studiobesetzung radio dreyeckland wg. antisemitismus
-infocafé im falkenkeller/ulm
-"wie weiter" nürnberg zu gefangenen, aids und mehr
-für einen heißen sommer im flora-park/hamburg
-demo für ein autonomes zentrum/freiburg
-bericht vom 8. prozeßtag gegen holger deilcke/hamburg
-hungerstreik in frankreich, zusammenlegung in westeuropa
-brief von mirko wollmann, gefangener in hamburg

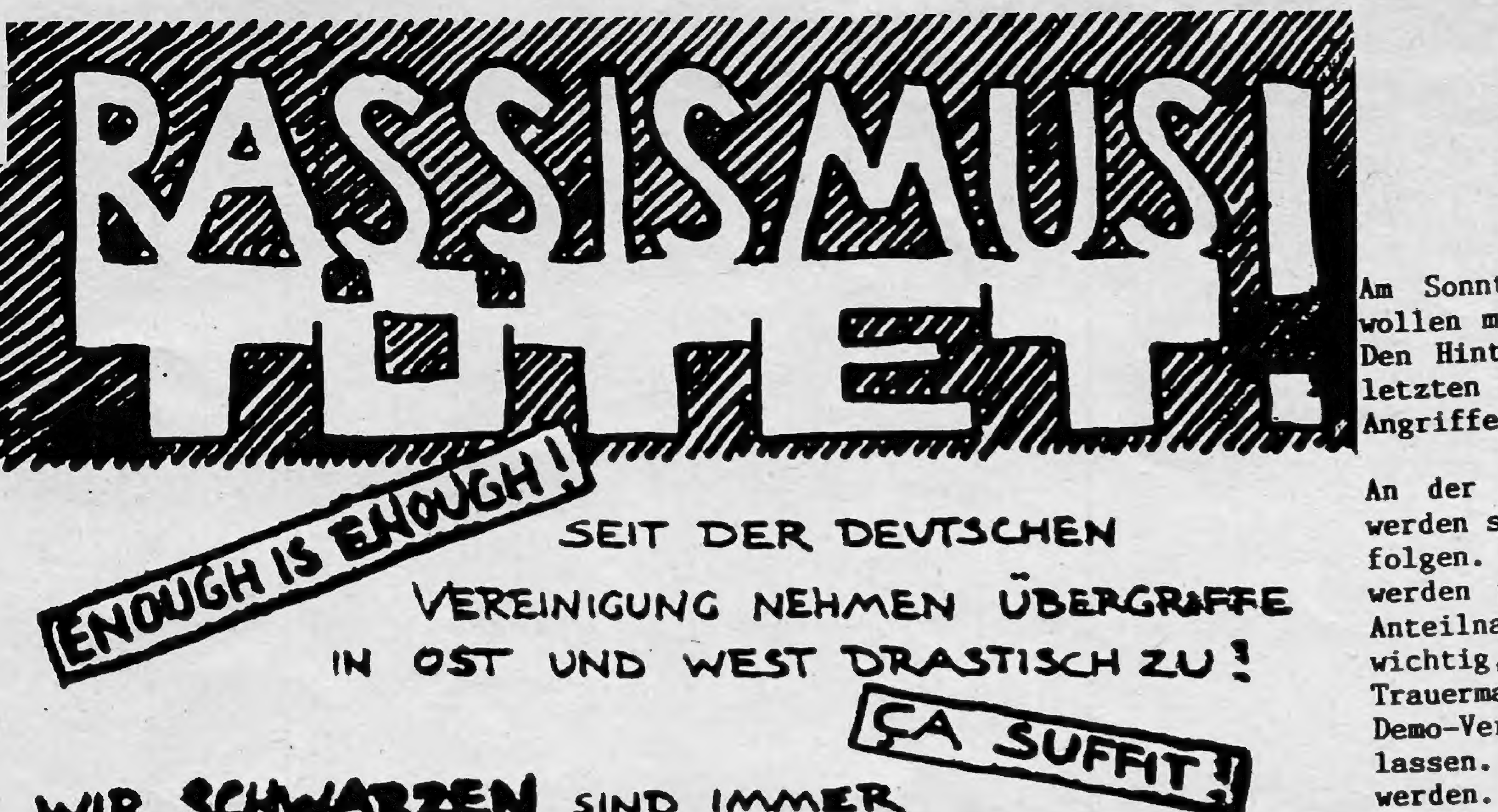
NOCH STREITEN SICH HERRSCHENDEN.....
GEBEN WIR IHNEN ENTSCHEIDUNGSHILFE........

AM 17.6. WIRD EINE DEMONSTRATION GEGEN REGIERUNGSSITZPLÄNE
UND UMSTRUKTURIERUNG SEIN

DAZU WIRD AM SO. d. 9.6.91 EINE ERSTE VOLLVERSAMMLUNG
IM VERSAMMLUNGSRAUM STATTFINDEN UM 19UHR

UND FÜR DEN TERMINKALENDER: AM 16.6. ,
EBENFALLS IM VERSAMMLUNGSRAUM
UM 19UHR NOCH EINE VV!!!!!!!!!

GLÜCK IN BETON



RASSISMUS TÖTET!

Am Sonntag wird ein **schwarzer Trauermarsch** stattfinden. Schwarze Menschen wollen mit diesem Trauermarsch ihrer Trauer und ihrer Wut Ausdruck verleihen. Den Hintergrund bilden die rassistischen Morde. Sieben Schwarze sind in der letzten Zeit in der näheren und weiteren Umgebung Berlins durch rassistische Angriffe ermordet worden.

An der Spitze des Trauermarsches werden TrommlerInnen laufen. Hinter ihnen werden sieben Särge getragen, denen die Schwarzen in einem geschlossenen Block folgen. Erst danach, und das heißt vermutlich nach dem Lautsprecherwagen, werden wir deutsche Weiße laufen. Für uns deutsche Weiße, die wir unsere Anteilnahme und Solidarität mit den Schwarzen zeigen wollen, ist es sehr wichtig, daß wir uns in die Vorstellungen der schwarzen Gruppen, die den Trauermarsch vorbereiten, einfügen. Wir sollten uns nicht von unserem üblichen Demo-Verhalten (laut, bunt, Sturmhauben, Kapuzen, Tücher,...) bestimmen lassen. Um dunkle Kleidung wird gebeten. Es sollten keine Parolen gerufen werden.

Ob wir weiße Autonome unsere antirassistischen Ansprüche wirklich ernst nehmen wollen, erweist sich gerade auch in unserem Verhältnis zum Kampf der Schwarzen gegen Rassismus. Dessen Inhalt und Charakter bestimmen die Schwarzen selbst. Wir haben dies anzuerkennen - und zu begreifen, daß wir als Autonome, AntifaschistInnen, AntirassistInnen ... nicht schon einen neutralen Platz einnehmen, von dem aus wir das Recht besäßen, von uns aus eine antirassistische Praxis zu entwickeln. Es gibt keinen neutralen Ort, und wir selbst dürfen uns nicht zum Ausgangspunkt machen.

Der Kampf der Schwarzen richtet sich vielmehr auch gegen uns als weiße Linke, die bis heute nicht gelernt hat, ihren rassistischen Anspruch auf politische Vormundschaft wirklich in Frage zu stellen, geschweige denn gänzlich aufzugeben. Solidarisches antirassistisches Handeln unsererseits kann sich nur aus der Anerkennung der Autonomie der Schwarzen in ihrem Kampf gegen den Rassismus und aus ernstgemeinter weißer Selbstkritik entwickeln.

Der schwarze Trauermarsch findet statt am **Sonntag**, den **9.6.91**, um **14 Uhr**. Er wird vom **Adenauerplatz** über den Ku-damm zum Breitscheidtplatz gehen. Dort wird es eine Abschlußkundgebung geben.

Autonome Gruppen

Die Organisatoren:
Black Unity Committee BUC
EURAFRI
Immigranten Politisches Forum IPF e.V.
Initiative Schwarze Deutsche ISD
Umoja Center

Diese Demo wird von fünf schwarzen Gruppen organisiert. Dies ist ein Aufruf an Schwarze, alle Menschen die rassistisch verfolgt werden und jene, die sich mit uns solidarisieren wollen. Diese Demonstration wird ein **Trauermarsch** sein und deshalb bitten wir alle Teilnehmer um respektvolles und friedliches Auftreten.
Weitere Infos unter Tel: 614 50 18

NULLTARIF STATT FAHRPREISERHÖHUNG

Zur Aktion am 30.5.91

Die knapp hundert Leute waren erfreundlicherweise sehr pünktlich vor dem Bhf. Marx-Engels-Platz erschienen - überpünktlich dagegen die Bullen ,die mit 2 Hundertschaften überall herumlungerten (auf dem Bahnhof, vor dem Bhf.,hinter dem Bhf.;vielleicht auch unter).Bei dem Aufgebot war es natürlich nicht möglich,mit der unangemeldeten Aktion öffentlich anzufangen;also flüster,flüster,und 3 größere Gruppen spazierten Richtung U Bhf. Weinmeisterstr.,wobei sich leider die Uniformierten Schmeißfliegen nicht vertreiben ließen.Wir tauchten ab,mußten aber nen Moment warten,bis alle da waren,und dann waren auch schon wieder zuviel da.Es wurde eingestiegen,um auf einen anderen Bhf.mit der Kundgebung zu beginnen.Die BVG-Knechte ließen natürlich den Zug nicht abfahren; die Bullen zerrten an den Türen und Leuten herum und griffen zwei von uns ab.(Anzeige wegen "Störung öffentl. Nahverkehrs = Landfriedensbruch" u. "Wiederstand")
Trotz weiterer Rangeleien und Anmache konnten sich die restlichen Leute ans Tageslicht kämpfen.(Mensch kann offenbar auch in Ketten Treppen erklimmen!!) Dort wurde sich in Kleingruppen aufgelöst,um zum nächsten Treffpunkt (Bhf. Schönhauser Allee) auf verschlungensten Wegen zu gelangen.Unterwegs wurden die Flugis verteilt,Spuckis verklebt und kahle Wände mit Farbe verschönert.
Ein Großteil der Leute kam also dort mit viel Spaß an und machte mit Musik weiter.Die Fahrgäste freuten sich zumeist über das Engement der jungen Leute,steckten z.B. die Flugis nicht verstohlen in ihre Taschen oder Tüten,sondern vertieften sich wohlwollend in jene mal etwas andere Heimweglektüre.
Also die Reaktionen waren positiv,es wurden über 2000 Flugis verteilt und anderweitige "Agitation" betrieben,was viel Spaß machte.
Die Aktion war praktisch relativ gut vorbereitet - viele Möglichkeiten waren durchgesprochen worden, - alle Eventualitäten allerdings nicht. Eine Frage,die sich aus dem Ablauf der Aktion ergab,war z.B. die,ob es richtig war,mit den Bullen im Schlepptau in einen nicht gerade übervölkerten U-Bhf. reinzugehen.Wir uns in der Vorbereitung einig,uns bei einer sich anbahnenden Konfrontation aufzulösen und einen neuen Treffpunkt durchzugeben.In dieser Situation war es jedoch schwierig einzuschätzen,wie die Bullen reagieren würden.Als dies im U-Bhf. klar wurde ,"zogen" wir uns zurück,konnten aber die Abgreife nicht verhindern. Insgesamt war aber das Ergebnis gut.Wir werden weitermachen - vielleicht mit einer etwas anderen Taktik.

Nun zu Euch: Was uns gewundert hat,ist die fortlaufende Ignoranz der Interim.So taucht die Aktion erst nicht im Terminkalender auf(Interim 148),in der nächsten Ausgabe (149) erscheint nur eine Seite unseres 4 Sitigen FLugis.Die eine Seite ist völlig aus dem Gesamtzusammenhang gerissen,die Auswahl erscheint zufällig.Daß das Flugi zu einer Aktion gehört,wird nicht ersichtlich.Daß auch die Art und Form des Flugis eine Rolle spielen,einen politischen Ausdruch haben,wird von euch ignoriert. Oder habt ihr es nicht gelesen? Wir finden das zumindest ziemlich schlampig und unsorgfältig,wenn ihr eure Auswahlkriterien noch nicht mal veröffentlicht.Daß die Aktion nicht im Kalender erwähnt wird,ist da ja nur konsequent.Vielen Dank.
Daß ihr euch dabei aber mit der "Szene" im Konsens befindet,hat sich auch gezeigt.Die PolitstrategInnen,linksradikalen AktivstInnen etc. ,nahmen dann auch keine Notiz von der Nulltarifaktion und glänzten mit beinahe 100% Abwesenheit,was ihr aber nicht geschadet hat.
Warum das so war,ob ihr Kritik habt,oder weiterführende Vorschläge,das möchten wir gerne wissen.

Die Reichshauptstadt zur Geisterbahn - wir fangen mit der U-Bahn an
lassen wir uns nicht länger ausnehmen - für den 0-Tarif
-gegen Wachschutzbullen

Aufruf zur Demo am 7. 6.

"Lesben und Schwule gegen faschistische Gewalt"

Liebe Genossinnen und Genossen,

der Überfall auf das schwul-lesbische Frühlingsfest bei Charlotte von Mahlsdorf war Auslöser für eine Welle von lesbisch-schwuler Betroffenheit, die zur Organisation dieser breitestmöglichen Bündnisdemo führte.
Dieser Angriff ist nur ein Glied in einer langen Kette von alltäglich gewordener faschistischer Gewalt. Erst jetzt aber fangen bürgerliche Schwule an, die Bedrohung wahrzunehmen. Dies zeigte sich deutlich auf den Vorbereitungstreffen, an denen sich von linksradikalen bis zu staatstragenden Gruppen alle Fraktionen beteiligten. Es wurde klar, daß es jenseits von einem platten "Gegen faschistische Gewalt" keine gemeinsame inhaltliche Bestimmung der Demo geben kann. Der deutlichste Widerspruch war der altbekannte: zwischen antifaschistischem Selbstschutz auf der einen und der Forderung an den Staat, uns zu beschützen, auf der anderen Seite.
Warum wir uns trotzdem an diesem Bündnis beteiligen und zur Demo aufrufen: Wir sind nicht "nur" als Linke bedroht, sondern auch als Schwule - unabhängig von unseren politischen Inhalten. Wir wollen, daß Schwule anfangen, sich selbstorganisiert zu wehren und solidarisch miteinander zu sein, anstatt sich selbst zu unterdrücken oder nach den Bullen zu rufen. Wir wollen diese Demo dazu benutzen, unsere Inhalte öffentlich zu machen, in der Hoffnung, in Richtung einer "schwulen Antifa" weiterzukommen.
Bei der Demoroute ist uns deshalb wichtig gewesen, daß sie an faschistischen Treffpunkten vorbeiführt, aber auch an Orten schwulen/lesbischen antifaschistischen Widerstands: z.B. die Mainzer Straße und das LesbenFrauenhaus in der Grünberger Straße.

Liebe Heten, wir sind ja auch ein kleines Sandkorn im antifaschistischen Widerstand und darum wollen wir euch irgendwie auch einladen, aber wir streiten uns dauernd wegen euch. Also seid wenigstens brav (aber nicht so wie die bürgerlichen Homos). Ihr könnt ja auch bis Freitag schnell euer Coming out machen, das wäre sowieso am schönsten.

autonome Schwule im breiten Bündnis mit schwulen Autonomen

P.S.: Die RIM "unterstützt den Volkskrieg" des Sendero Luminoso ("PCP") in Peru. Deren Anführer Gonzalo schreibt: "Homosexualität muß als Geschöpf des Imperialismus ausgerottet werden." 1989 haben sie dies mit der Ermordung von ca. 30 peruanischen Schwulen praktisch durchgeführt. "Zuerst erhalten sie einen Brief, in dem ihnen 'geraten' wird, auf ihre Sexualität zu verzichten, sich zu verstecken, oder abzuhauen. Der zweite Brief ist bedrohlicher: 'Du hast 48 Stunden, das Dorf zu verlassen, schwule Sau!' Nach der dritten Warnung findet mensch einen gevierteilten Körper mit einem Schild: 'So sterben die Bourgeois'." (aus: MENSUAL, spanische Schwulenzeitschrift, April 1991)
Also, wenn ihr die RIM seht: Ruck zuck Fresse dick!


3. POGO-PUNK
KIEZ-ABFAAR-PARTY!
Fussel wird sechs ...
RAUS ZUR FETE AUFM
BRENNHOLZ, SIX-PAX & MUCKE MITBRINGEN
F★'91
15. Juni 91
21.00 Uhr
SIX-PACK
JETZT 10% MEHR
GN

BRAUNER KACK IM RELIGIÖSEN FRACK

Volxsport

Wir haben in der Nacht vom 29.5.91 auf den 30.5.91 drei verschiedene Einrichtungen der **Unitarier** besucht.
- In Kiel haben wir vom Unitarier Haus alle Scheiben entglast und 1 Liter Buttersäure hinterlassen.
- In Lübeck haben wir das selbige gemacht.
- In Pinneberg, beim Seminarhaus von G.Pahl (das Gartenhaus) in dem Treffen der Unitarier aber auch Treffen faschistischer Gruppen stattfinden, haben wir in das Gebäude einen Brandsatz geworfen.
In Kiel und Lübeck haben wir darauf verzichtet, da über den Unitariern unbeteiligte Menschen wohnen - in Pinneberg war die gefährdung von Menschenleben ausgeschlossen.

Mit unserer Aktion wollen wir auf das völkisch-rassistische treiben der Unitarier aufmerksam machen und insbesondere die breite antifaschistische Bewegung ansprechen und auffordern euer Augenmerk stärker auf die **Unitarier** zu richten.
Unsere Aktion hat auch die Struktur und damit die Arbeitsfähigkeit der Unitarier ein wenig eingeschränkt und sollte der Brandsatz gezündet haben so hätten auch andere faschistische Gruppen eine Tagungsstätte weniger.
Unsere Aktion ist aber auch Warnung an all diejenigen, die meinen die Unitarier unterstützen zu müssen, wer/welche eine völkisch-rassistische Ideologie unter dem Deckmantel der "Toleranz" stützt macht sich Mitschuldig. Mit unserer Erklärung wollen wir über den völkisch rassistischen Charakter der Sekte informieren.
Wir halten die Unitarier für besonders gefährlich, weil sie sich häufig in der Grauzone zu bürgerlichen Kräften bewegen.
Ein gutes Beispiel bietet das Osterseminar der Unitarier in Klingberg mit u.a. **Henning Eichberg.**

Henning Eichberg ist ein Faschist und einer der " Vordenker " der " **Neuen Rechten** ". Das Osterseminar der **Unitarier** ist ein typisches **Unitarier**-Seminar. Als ReferentInnen treten neben **Unitariern**, Faschisten und Menschen aus der Ökologie-Bewegung, Friedensbewegte und **New Age** AnhängerInnen auf. Der " neue Zeitgeist " (er ist alt) macht es möglich. Auf der Grundlage der gemeinsamen Betroffenheit aller Menschen (z.B. Umweltzerstörung) wird eine Ideologie der Überparteilichkeit proklamiert. So wundert es auch nicht, wenn der **BUND** in der jüngsten Ausgabe der faschistischen Zeitung **"junge Freiheit"** eine Anzeige zum Umweltschutz reinsetzt, oder auf dem Osterseminar der **Unitarier** neben dem Faschisten **Henning Eichberg** eine Vertreterin von **Greenpeace** sitzt. Doch hinter der " wir sitzen doch alle in einem Boot " Ideologie steht nichts anderes als eine herrschaftsstabilisierende und Expansion legitimierende Ideologie für den europäischen Imperialismus mit " großdeutschem" Führungsanspruch.
Marx schrieb mal: " Religion ist der Seufzer der bedrängten Kreatur ". In diesem Sinne sehen wir die weltweite Renaissance der Religionen, Sekten, Mythen und Mysterien.
Ob Stiefelnazi oder intellektuell daherkommender " Neuer Rechter" ob New Age oder " nationale Identität " , es geht ihnen und damit letztendlich den HERRschenden darum, daß sich das Prinzip Hoffnung immer weniger am Menschen und seiner Fähigkeit, die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen - also im Klassenkampf -, festmacht, sondern sich jenseits aller materiellen Verhältnisse " Rettung und Heil " aus einer klassennegierenden, herrschaftsverbrüdernden/-schwesternden "moralischen Umkehr" verspricht.

ANTIFASCHISTISCHE UND ANTIRASSISTISCHE AKTION SCHLESWIG HOLSTEIN

1,

Für uns verläuft die Grenze immer noch zwischen Oben und Unten!

Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft

Die **Unitarier** haben ihren Ursprung im Nationalsozialismus. Wie viele hohe Funktionäre der **NSDAP**, **SA**, **SS** und sonstige Nazi-Ideologen und Rassisten konnten sie nach 1945 wieder in zentrale Positionen der Gesellschaft aufsteigen. Sei es gut getarnt als scheinbar biedere Bürger, oder, was häufiger vorkam, von den Alliierten geduldet/unterstützt, da es nach dem Sieg gegen den imperialistischen Konkurrenten um eine Bündelung der antikommunistischen Kräfte gegen die Sowjetunion ging.
1945/46 sammelten sich VertreterInnen nazistischer " deutschgläubiger" Sekten in der kleinen freiprotestantischen Sekte des Pfarrers **Rudolf Walbaum**. Kurze Zeit später wurde sie in " **Deutsche Unitarier Religionsgemeinschaft** " umbenannt. Die " deutschgläubigen " agierten in enger Anlehnung an die NS Ideologie und besonders an den **NSDAP Chefideologen Alfred Rosenberg** (dem "Reichsminister für die besetzten Ostgebiete", in denen die Faschisten ihre Massenverbrechen in den KZs und Todesfabriken vollzogen). Die wichtigsten Gruppen waren die " **Deutschen Christen** " und die " **Deutsche Glaubensbewegung**" (**DG**) des antisemitischen Hetzers **Wilhelm Hauer**, ein Bewunderer **Rosenbergs**. Mit **Hauer** hatte **Walbaum** schon 1933 einen Aufruf zur Gründung der DG unterzeichnet, um dem faschistischen Staat einen geistig-religiösen Überbau zu verschaffen.

Jugend- und Bildungsstätte Klingberg

...ingberg, 11.02.91

Liebe Klingberg-Interessenten,

Das Ostersemi nar - Thema: Perspektiven einer ökologischen Politik im geeinten Europa

Die meisten ehemaligen **Unitarier-Funktionäre** waren Nazis (das ist, ehemalig ist meistens biologisch bestimmt).

Funktionäre der Unitarier waren z.B.:

-**Eberhard Achterberg**, Chefredakteur des von **Rosenberg** herausgegebenen **NSDAP-Intellektuellen-Blattes " Nationalsozialistische Monatshefte** "(NS-MH) und Chef der Abteilung für " Juden und Freimaurerfragen" des "Amtes Rosenberg" der **NSDAP**, nach 1950 hauptamtlicher "Sprecher" der **Unitarier** und Leiter des Sektenorgans "**glaube und tat**", in den 80er Jahren religiöser Leiter der **Unitarier**, seine Schriften - auch die von vor 45 - werden bis heute bei den **Unitariern** verbreitet.
-**Herbert Böhme**, Mitglied der obersten **SA-Führung**, Reichspropagandaleitung der **NSDAP**, Lektor des Zentralverlages der **NSDAP**, führender NS-Dichter, Autor der **NS-MH**, ab 1946/47 Führer des Aufbaus der **Unitarier**, ab 1950 religiöser Leiter der Sekte.

Heidi Rottenbach (Greenpeace Ostberlin)
Lutz Höttel
Henning Eichberg
Michael Baumgart

Leitung: Rosi Dypka, Ernst Mohnike

Kosten: DM 120,-- (Mbz), DM 180,-- (Dz), DM 240,-- (Ez)

-**Wilhelm Hauer**, ein führender rassistischer Ideologe der "**Deutschgläubigen**" in den 20/30er Jahren und Chef der **DG**, wurde ab 1950 nach Aussagen abgesprungender Sektenmitglieder wie ein "Papst" der **Unitarier** verehrt.

JUGEND- UND BILDUNGSSTÄTTE KLINGBERG
der Deutschen Unitarier, Fahrenkampsweg, 2409 Scharbeutz 2, Tel. 04524/9388
Konto: Bank für Sozialwirtschaft Hannover, BLZ 251 205 10, Kto.-Nr. 74 391-00

-**Herbert Grabert** war in den 30er Jahren Propagandist der **DG**, Mitarbeiter von **Rosenbergs** "Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete", Nazi-Hochschullehrer mit Lehrverbot nach 1945 und Gründer des faschistischen "**Grabert-Verlages**".
-**Fritz Castagne** war ein rassistischer Mitstreiter **Hauers** in den 30er Jahren, in den 60 und 70er Jahren Leiter und bis zu seinem Tod Mitte der 80er Mitglied der Redaktion von "**glaube und tat/unitarische blätter**", Leiter der "**Unitarischen Landesbibliothek**" Schleswig-Holstein, 1982 Mitbegründer der

"Kieler Liste für Ausländerbegrenzung", die in die Republikaner aufgegangen ist.
-Dietrich **Klagges** war 1933 Nazi-Ministerpräsident des Landes Braunschweig (der dort 1932 als **NSDAP**-Innenminister Hitler die deutsche Staatsbürgerschaft verlieh, die Voraussetzung für Hitlers Kanzlerschaft) und Mitglied der SS.
-Prinzessin **Marie-Adelheid Reuß zur Lippe** war in den 30er Jahren Herausgeberin von Schriften des Nazi-Reichsbauernführers, Reichsernährungsministers und Chef des SS-Rassen- und Siedlungsamtes **Walther** Darre, nach 1950 wie **Böhme** und Grabert auf zahlreichen Vortragsreisen Propagandistin und Ortsgruppen-Gründerin der **Unitarier**, ab 1957 religiöse Leiterin der Sekte. Zeitweise war sie Herausgeberin der "**Bauernschaft**" des nach Dänemark geflohenen **Thies Christophersen**. Sie ist auch heute noch häufig auf **Unitarier**-Veranstaltungen, besonders in Schleswig-Holstein und wird in der Zeitung der schleswig-holsteinischen **Unitarier** als " unsere Prinzessin " angekündigt.
-Otto **Wetzel**, **NSDAP**-Funtionär seit 1922 und Reichsamtsleiter der "**Deutschen Arbeitsfront**" wurde in den 60er und 70er Jahren Landesgemeindeleiter der **Unitarier** in **NRW** und Kandidat der **NPD**.

Diese Liste ließe sich lange weiterführen, wir verzichten an dieser Stelle darauf.

Weitere Faschisten bei den Unitariern:

-**Hermann Thiele**, langjähriger Gemeindeleiter der **Unitarier** in Bremen, Referent beim "**Nordischen Ring**" und der "**Artgemeinschaft**" des Faschisten-Anwaltes **Jürgen Rieger** aus **Hamburg**
-**Dieter Vollmer** aus Schleswig, schon in der "**Nordischen Gesellschaft**" der **Nazis** aktiv, tritt heute als Redner beim "**Nordischen Ring**" auf und beruft sich bei seinen Vorträgen auf **Hans F.K. Günther**, den führenden Rassentheoretiker der **Nazis**. Bei den **Unitariern** hat **Vollmer**, der seit Jahrzehnten in den verschiedensten Zeitschriften der Faschisten veröffentlicht, auch in den 80er Jahren wiederholt Vorträge gehalten oder Beiträge in den "**unitarischen blättern**" geschrieben.
-**Frau Castagne** und **Frau van Hettinga**, beide Kandidatinnen der faschistischen "**Kieler Liste für Ausländerbegrenzung**" sind seit langem in der Kieler Gemeinde der **Unitarier** aktiv. Bei den letzten Wahlen wurden sie in wichtige Gemeindefunktionen, u.a. Öffentlichkeitsarbeit, gewählt.
-**Thomas Darsow** aus Kronshagen bei Kiel, **CDU** Bürgermeister und z.Zt. in Schwerin **im Innenministerium**, seine Äußerungen zu Flüchtlingen waren sogar einigen bürgerlichen Kräften zu offen. In den 70er Jahren war er ständiger Mitarbeiter der **NPD** Jugendzeitung "**Tendenz**" aus Neumünster und Teilnehmer des von dem **NPD**-Mann **Peter Dehoust** (Herausgeber der faschistischen Monatszeitung "**Nation Europa**") veranstalteten "**2. Seminars Südliches Afrika**"."**Tendenz**" hatte nicht nur Kontakt zum faschistischen Bombenleger **Karl-Heinz Hoffmann** (Wehrsportgruppe Hoffmann - die wohl Kontakt, wenn nicht sogar Bestandteil der kürzlich bekanntgewordenen **Nato-Terrororganisation Gladio** war), sondern auch Anzeigen der **Unitarier** abgedruckt. Mit dem damaligen Ansprechpartner **Günther Pahl** wurde **Darsow** Anfang der 80er Jahre Schriftleiter der **Unitarischen** Zeitschrift. Auch dort veröffentlichte er rassistische Aufsätze.
-Günther Pahl, neben Darsow Schriftleiter einer **unitarischen Zeitung**, betreibt in Pinneberg ein Tagungshaus ("**Gartenhaus**"), in dem Seminare der **Unitarischen Akademie** stattfinden aber auch Treffen des faschistischen "**Bundes Heimattreuer Jugend**" (zuletzt **am** 17.3.91) oder der **Armanen Sekte um** die Zeitschrift **Hugin Muninn am** 23.3.91.

3,

Die Unitarier und der MBB Konzern

Bis Ende 1990 war der leitende Ingenieur (geheime Entwicklungsabteilung) bei **Messerschmidt-Bölkow-Blohm** (**MBB**) **Horst Prem** Präsident der "Unitarier. Über **MBB** führte er z.B. Prozesse gegen AntifaschistInnen. In fast allen seinen Reden und Schriften zitiert er **Sigrid Hunke** (s. unten), er hielt auch selber die Laudatio bei der Verleihung der Ehrenpräsidentschaft an **Hunke**. Bei einem Besuch des KZs Dachau machte er die Bemerkung, daß der zweite vor dem ersten Schritt gemacht wurde. Bei den KZ-Schergen müsse dann wohl ein "Irrtum" vorgelegen haben. **Prem** und damit die **Unitarier** werden durch **MBB** gedeckt bzw. unterstützt. Daß **MBB** kein Einzelfall ist (wie sollte es auch, da der Faschismus dem Kapitalismus entspringt), zeigt **Siemens**:
Die von **Siemens** finanziell und inhaltlich beherrschte "**Siemens -Stiftung**" ist seit Jahren ein z.T. offen / z.T. verdeckter Ort der Ideologiebildung der "**Neuen Rechten**". In den Aufsichsgremien der Stiftung sitzt der **Siemens**-Vorstandsvorsitzende **Karlheinz Kaske** und der **Siemens** -Aufsichtsratsvorsitzende **Heribald Närger**. Der langjährige Stiftungs-Chef **Armin Mohler** ist einer der Hauptförderer der "**Neuen Rechten**". Er publiziert selber, z.B. beim " **Thule Seminar**" (wie auch u.a. S. **Hunke**, H. **Eichberg**), einer faschistischen Denkfabrik der "**Neuen Rechten**". Das "**Thule Seminar**" knüpft an die "**Thule Gesellschaft**" von 1919 an, aus der u.a. die **NSDAP** entstand. **Mohlers** seit 1985 amtierender Nachfolger (**Siemens Stiftung**) ist **Heinrich Meier**. Er hat schon in den 70er Jahren in der "neurechten" Zeitschrift "**Criticon**" der späteren **Republikaner-Unterstützer Mohler** und **Caspar von Schrenk-Notzing** publiziert. **Meiers** Schrift über den Nazi-Kronjuristen **Carl Schmitt** wird heute von allen faschistischen Buchdiensten vertrieben.

DER FASCHISMUS ERWACHST
AUS KONZERNINTERESSEN
UND REGIERUNGSPOLITIK.

PROFIT

ZERSCHLAGT DIE NAZI-BANDEN

ANTIFASCHISTISCHE AKTION

Noch ein Hinweis für hamburger AntifaschistInnen. Die Unitarier betreiben seit kurzen eine, wie sie es selber bezeichnen " Beratungsstelle für Gastarbeiter " in ihrem Büro in der Wartenau. Wir finden es unerträglich wenn Rassisten wie die Unitarier Flüchtlinge und MigrantInnen "beraten". Kümmert euch doch mal darum !

4,

ANTIFASCHISTISCHE ARBEIT
HEISST AUCH

Völkischer Rassismus

Bei der Gründung der Unitarier standen Vertreter völkischer Verbände Pate, vor allem aus der sog. "Deutschen Glaubensbewegung" des Antisemiten **Wilhelm Hauer**. In den 50er Jahren beschloß das oberste theologische Gremium der Unitarier, der **"Geistige Rat"** (heutiger Vorsitzender: **Wolfgang Deppert**, FDP-Mitglied und an der **Kieler Uni** lehrend), das Hauer Buch **"Deutscher Born"** zum Hauptgebetsbuch der Sekte zu machen. Das Buch erschien im faschistischen **"Türmer Verlag"** von **Herbert Böhme** (s.o.).
Das ideologische Erbe dieser Denktradition hat **Sigrid Hunke**

u.a. mit ihrem Buch **"Europas andere Religion"** angetreten, das auch nach ihrem Austritt bei den Unitariern Hauptgrundlage der Weltanschauung der Unitarier ist. **Hunke** ist immer noch Ehrenpräsidentin der Unitarier und ihre Schriften werden massiv bei den Unitariern verbreitet. Ihre faschistische Theologie ist die Theologie der Unitarier. Ihre Theologie besteht im Kern in der Behauptung, daß jedes Volk seine eigene "artgemäße" Religion hat. Den jüdischen und christlichen Glauben teilt sie den Menschen der arabischen Region zu. Die Menschen in Nord- und Mitteleuropa hingegen hätten als einzige einen pantheistischen Glauben an einen All-Gott, d.h. an einen Gott, der sich im Menschen verwirklicht.
Der Religion dieser Gottesmenschen seien auch alle Anschauungen der Gleichheit der Menschen (Judentum und Christentum; Gleichheit vor Gott; Liberalismus; Gleichheit vor dem Gesetz; Sozialismus; soziale, materielle Gleichheit) fremd. Diese Menschen stünden vielmehr an der Spitze einer Rangfolge von Religionen und seien in ein "Schicksal" gestellt, in dem sie sich zu bewähren hätten - unabhängig von Kriterien wie "Gut" und "Böse".
Diese Prinzipien, die sich in verschiedenen Formen immer wieder in der faschistischen Ideologie finden, haben weitreichende Folgen: Wenn es kein zu vermeidendes "Böses" mehr gibt, sondern nur noch unausweichliches "Schicksal", wenn alles Handeln Gottes Handeln sein soll, dann läßt sich alles -selbst Ausschwitz- als göttliche Tat rechtfertigen.
Genau das ist und war der Kern faschistischer Ideologie und Religion: Was Faschisten auch tun, sie haben in jedem Fall eine göttliche Rechtfertigung dafür. In den heutigen gültigen Grundgedanken der Unitarier findet sich das zeitgemäßer formuliert: "Wir erfahren das Göttliche im Erleben unseres Zusammenhanges mit der Welt als umfassende Einheit alles Seienden, zugleich auch als Innerstes der Wirklichkeit. Es verwirklicht sich gestaltend in allen Erscheinungen der Natur, auch in uns und durch uns... Deshalb suchen wir eine lebendige Beziehung zum Du, zur Gruppe und zu Gemeinschaften wie Familie, Volk und Menschheit.. Über den Tod hinaus vermag der Mensch besonders durch sein Denken und Handeln sowie durch seine Nachkommen fortzuwirken." Über diesen pantheistischen Ansatz, der so harmlos naturfreundlich daherkommt, tatsächlich aber die Göttlichkeit des Faschismus postuliert, gelingt es den Unitariern mehr und mehr, auch im New Age-Bereich Fuß zu fassen.
1986 veröffentlichten die Unitarier in einer Selbstdarstellung als einleitenden Sinnspruch zu " Gott ist das Sein" einen Text, den **Achterberg** 1943 als Chefredakteur der von **Alfred Rosenberg** herausgegebenen **"Nationalsozialistischen Monatshefte"** geschrieben hatte: "Uralt heilige Sehnsucht geht durch Zeit und Raum, ist im All-Einen geborgen, sinnet der Ewigkeit Traum".

Struktur und Organisationen der Unitarier

Trotz der relativ geringen Mitgliederzahl wirken die Unitarier in viele gesellschaftliche Bereiche hinein. Sie betreiben Kindergärten, Altenheime, Krankenhäuser und Unitarier-Häuser, z.B. in Kiel, Lübeck und Hamburg. In Hamburg soll in ihren Räumen eine Aids-Beratungsstelle entstehen. Neben dem **"Hilfswerk der Deutschen Unitarier"** (Sitz Hamburg), das seit 1969 Mitglied des **"Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes"** (DPWV) und als Träger der freien Jugendpflege anerkannt ist, dem die " Jugend und Bildungsstätte Klingberg " an der Ostsee gehört (Klingberg bekam DM 200 000 Staatsknete), treten vor allem die **"Unitarische Akademie"** (Sitz Hamburg) und die **"Freie Akademie"** (Sitz Wiesbaden) mit zahlreichen Vorträgen und Seminaren über die ganze BRD verstreut an die Öffentlichkeit. Unitarier sitzen in diversen Vorständen des DPWV. Redakteur der Veröffentlichungsreihe der **"Unitarischen Akademie"** war der Rosenberg-Intimus und Faschist **Eberhard Achterberg**, hier veröffentlichte auch der Faschist **Fritz Castagne**. Seit 1971 sind die Unitarier Mitglied des "Paritätischen Bildungswerkes" (PBW). **Ernst Mohnike** (aus der Unitarier-Gemeinde in Hamburg und "geschäftsführender Vorsitzender" des Unitarier-"Hilfswerkes") sitzt im Bundesvorstand des PBW und im Beirat des Bundes-DPWV. **Mohnike** ist ein typischer Unitarier, er, der das "Osterseminar" in Klingberg organisiert hat, hat gute Verbindungen zu Faschisten wie **H. Eichberg** aber auch in die Ökologiebewegung und zu den Grünen.
Die **"Freie Akademie"** (FA), deren heutiger Präsident Prof. Jörg **Albertz** gleichzeitig Vizepräsident der Unitarier ist, wurde 1956 von **Wilhelm Hauer** gegründet. Präsident der **FA** war jahrzehntelang der SS-Rassist **Stengel von Rutkowski**, der bis heute dort eifrig referiert; ihm gleich tat bis zu seinem Tod 1983 der ehemalige Chef der Abteilung für "Juden- und Freimaurerfragen" des NSDAP **"Amtes Rosenberg"**, **Eberhard Achterberg**. Das Image der **FA** wird durch zahlreiche Auftritte von bürgerlichen Professoren und Politikern von den Grünen bis zur SPD aufgebessert. Es gibt zahlreiche weitere direkte und indirekte Verbindungen von Unitariern zu rassistischen und faschistischen Verbänden. So ist z.B. u.a. aus der Unitarischen Jugend die größte faschistische Jugenorganisation, die **Wiking Jugend**, entstanden.
Weitere uns bekannte Verbindungen in Stichworten:
Bund Heimattreuer Jugend (BHJ), Ludendorffer, Sigrid-Hunke Gesellschaft, NPD........, doch auch zur SPD gibt es Verbindungen, so betreiben die Unitarier mit dem "Bund freireligiöser Gemeinden Deutschlands" (BFGD, SPD nahe) eine gemeinsame Presseagentur (Religiös weltanschaulicher Pressedienst). Jüngst läßt sich die Hamburger SPD Abgeordnete **Ursula Caberta** von dem Unitarier und Schleswiger Rechtsanwalt **Ralf Bernd Abel** in ihrem Prozeß gegen die Scientology-Sekte vertreten. Der noch CDU-Funktionär (es wird gemunkelt er geht zur FDP) und Kieler Rechtsanwalt **Trutz Graf Kerssenbrock**, Vertreter von W.Deppert (Oberfunktionär der Unitarier-Kiel), deckt seit einiger Zeit Menschen, die behaupten, die Unitarier seien Faschisten, mit Klagen ein.

Wer soll etwas ~~verändern~~ wenn nicht wir?

Zur aktuellen Strategie der Unitarier

Die **Unitarier** versuchen sich, ein "weltoffenes und tolerantes" Image zu geben, und setzen an realen Bedürfnissen von Menschen in der entfremdeten, kapitalistischen Welt an.
Sie arbeiten **mit einer Strategie**, die die "**Neue Rechte**" mal folgendermaßen beschrieben hat:
"**Wir müssen unsere Aussagen so gestalten**, daß sie nicht mehr ins Klischee der "**Ewig-Gestrigen**" passen. Eine Werbeagentur muß sich auch nach dem **Geschmack** des Publikums richten und nicht nach dem eigenen. Und wenn **kariert** Mode ist, darf **man** sein Produkt nicht **mit** Pünktchen anpreisen. Der Sinn unserer Aussage **muß freilich der gleiche bleiben**. Hier sind Zugeständnisse an die Mode zwecklos. In der **Fremdarbeiter-Frage** etwa erntet man mit der Argumentation " Die sollen doch heimgehen " nur verständnisloses Grinsen. **Aber welcher Linke würde nicht zustimmen**, wenn man fordert " **Dem Großkapital muß** verboten werden, nur um des Profits willen ganze Völkerscharen in Europa zu verschieben. Der Mensch soll nicht zur Arbeit, sondern die Arbeit zu den Menschen gebracht werden ". Der Sinn bleibt der gleiche: Fremdarbeiter **Raus**: Die Reaktion der Zuhörer wird aber grundverschieden sein." (Aus: La-`Plata-Ruf 1973 des ehemaligen Pressereferenten von **Josef Goebbels, Wilfried von Oven**. S. Hunke publiziert **im** selben Verlag wie La-Plata-Ruf: **Verlag Peter Wegener**, Bonn)

Die **Unitarier versuchen sich heute**, u.a. **mit** Hilfe der Indianerbewegung und naturreligiöser Ansätze, ein **New-Age** Image zu geben. (Bereits **im Nationalsozialismus** fand sich eine **geschichtlich** falsche **Verklärung der Indianer als dem Sinnbild** des "**Wilden**"). **Es gab von den Unitariern diverse Veranstaltungen zu Indianern**. Auch die **Maxime "ganzheitlich denken"** wird von den **Unitariern** verstärkt **aufgegriffen** (Bereits der **NSDAP-Chefideologe Chamberlain hatte** Grundprinzipien des "ganzheitlichen **Denkens und Lebens**" entwickelt). In dem **grundlegenden New Age Lexikon "Esoterik-Almanach"** wird der **rassistische Arier-Fanatiker Hauer** wohlwollend als "Indologe" **präsentiert** (**die Faschisten wollen** eine rassische wie geistige Verwandtschaft der "**arischen Germanen**" mit den "Indo-Ariern" Asiens bewiesen haben).
Als neuer Vordenker haben die **Unitarier** den Begründer der "**Ökologischen Religion**" **Hubertus Mynarek** für sich gewinnen können, der sich auf **Hunke** und **Hauer** beruft. **Mynarek**, ebenfalls im "**Esoterik Almanach**" vertreten und Gründungsmitglied der "**Arbeitsgemeinschaft Christen bei den Grünen**", hält seine Anhänger (ökoreligiöse Menschen) für bereits eine Stufe auf der Evolutionsleiter höher stehend als "normale" Menschen.
Letztere seien z.T. "Irrläufer der Evolution", die im "**biologischen Kampf ums Dasein**" aussterben müßten. In **Mynareks** biologistischem Gottesstaat wird die als göttlich verstandene Natur selbst "politisch". Sie schaffe sich mit Hilfe der als Speerspitze der **biologischen Evolution** verstandenen "ökoreligiösen Menschen" den Staat, der ihren Bedürfnissen nach der Entfaltung des "göttlichen" Evolutionsplanes entspreche.
Einfluß bei den **Unitariern** haben seit den 80er Jahren auch "neurechte" Ideologen wie **Henning Eichberg** und Peter Bahn, die neben dem ökologischen und spirituellen Bereich (mit Erfolg) auch versuchten in die Linke hineinzuwirken (mit weniger Erfolg).
Eichberg, Bahn und **Werner Georg Haverbeck** (betreibt das faschistische "**Collegium Humanum**", in dem neben Hunke und Mynarek auch **Michael Kühnen** aufgetreten ist und natürlich auch Eichberg) haben 1986 bei dem **Unitarier Holger Schleipp** (New Age-Verlag **Bauer Freiburg**) gemeinsam das Buch "Zurück zur NaturReligion?" herausgegeben.

Zur Person Henning Eichberg

Er ist einer der führenden Köpfe der "**Neuen Rechten**". Seit 1956 arbeitet H.E. kontinuierlich in faschistischen Organisationen mit. Seit Mitte der 60er Jahre ist er entscheidend am Aufbau der "**Neuen Rechten**" beteiligt. Neben der Ideologiebildung für die "**Neue Rechte**", hat H.E. **immer wieder** versucht in die Linke hineinzuwirken, **allerdings mit wenig Erfolg**. Mehr Erfolg hat er in in der **alternativ** und **ökologie - Bewegung** und in einigen bürgerlichen Kreise. **Er übt eine rege Mitarbeit in diversen** Zeitschriften des eigenen Lagers, **schreibt aber auch für** bürgerliche und/oder **alternative Zeitschriften**.
Der **Nationalrevolutionär Eichberg - einige Stichworte**:
1956 trat E. der "**Deutsch Sozialen Union**" bei.(Sie wurde durch Otto Strasser gegründet , Strasser war als Leutnant des Freikorps **Epp** an der Niederschlagung der Münchner Räterepublik beteiligt und Funtionär der **NSDAP**). In den 60er Jahren ging E. zum **Nationaldemokratischen Hochschulbund (NPD)**
Weitere Mitgliedschaften/Tätigkeiten/Verbindungen:
Kurze Zeit CDU Mitglied - schreibende Tätigkeit für "**Nation Europa**" und über **Arthur Ehrhard**, Gründer der Zeitung und ehem. hoher SA-Ausbilder, Einbindung in europaweite Strukturen der Eurofaschisten - "**Arbeitsgemeinschaft für Heimatschutz**" - "**Bund Nationaler Studenten**" - 1965 Mitglied bei der "**Aktionsgemeinschaft unabhängiger Deutscher**" von August **Haußleiter**, einer der späteren Gründer der Grünen - diverse "**Wehrsportübungen**" u.a. in Frankreich - ab 1967 **mitarbeit beim** "**Jungen Forum**" - 1970, inzwischen an der Ruhr Uni Bochum, trat er einer nationalrevolutionären Gruppe des "**Ruhr Studenten Anzeigers**" bei. Beteiligung an der von der **NPD** organisierten "**Aktion Widerstand**" (Parole: Brand an die Wand) - Mitbegründer von "**Ideologie u. Strategie**" Zentrales Kaderorgan nationalrev. **Gruppen - Mitarbeit bei** versch. faschistischen "**Denkgemeinschaften**" u.a. "**Sababurg Runde**" **mit** einer **Zusammenarbeit** entsprechender Organisationen aus Frankreich, Italien, Belgien, **Kroatien** und Spanien - "**Aktion Neue Rechte**" - "**Nationalrev. Aufbauorganisation**" - Zeitschrift "**Neue Zeit**" - "**Sache des Volkes-Nationalrev. Aufbauorganisation**"
Wir könnten diese Liste endlos weiterführen ....Mitarbeit bei "**Wir Selbst**" - schreibt Bücher - lehrt an Universitäten ....
.....
Zur Grundstruktur der Ideologie von Eichberg gehört Sozialdarwinismus und Rassismus, nur eben wissenschaftlich aufgemacht. Auf der angeblichen "Natur" des Menschen baut dieses Weltbild, dieses Ideologieangebot für HERRschaft insgesamt auf.
Nach Eichberg ist der Mensch ein primär durch biologische Evolution, Rasse und Instinkt bestimmtes Wesen. "Natürliche Gesetzmäßigkeit" ist an erster Stelle die "Ungleichheit" der Menschen.
Voraussetzung zur Erringung der Macht ist für E. und die "Neue Rechte" die Erreichung der "kulurellen Hegemonie", d.h. die Durchdringung von Kultur, Wissenschaft und Publizistik mit ihrer Ideologie (ist ihnen teilweise schon gelungen, so ist der ideologische Kampfbegriff der "Nationalen Identität" von Eichberg)





Steinzeitvollzug Bruchqual
oder auch Bruchstall

ERKLÄRUNG

Nächte von Santa Fu Teil 2, sprich auch: Revolte!

Am 28.5.1990, also genau vor einem Jahr haben wir uns die Freiheit genommen und sind der Justiz auf's Dach gestiegen.
Aber bis heute hat sich unsere Lage nicht geändert. Wir sind bewußt entführt und in andere Bundesländer deportiert worden. Wir sind ständiger Isolationshaft ausgesetzt und werden auch diskriminiert. Wir haben keinen Briefkontakt zu anderen Genossen und wenn Freunde und Freundinnen uns schreiben, wird unsere Post entweder weggeschmissen (sprich:"verloren gegangen") oder sie wird einfach zur Habe genommen.
Wir sollten deshalb gemeinsam, genau wie wir es im Hamburger Untersuchungsgefängnis gemacht haben, darauf aufmerksam machen, daß nix vergessen ist.
Heute müssen wir feststellen, daß sich die Versprechungen des Hamburger Justizsenators Currila als dreiste Lüge entpuppt haben. "Ganz besonders wollen wir auf die Situation von Wolfgang Husmann eingehen, der systematisch gefoltert wird. Er wurde tagelang nackt und völlig bewegungsunfähig auf eine Pritsche gefesselt. Mindestens vier Tage lang hat er weder zu ESSEN noch zu TRINKEN bekommen. Um ihn zu desorientieren wurde er mit Psychopharmaka vollgestopft und von ALLEN Schließern mit falschem Namen angesprochen. Sie nannten ihn Wassermann" (aus einem offenen Brief von ca. 20 Angehörigen und Freunden der Gefangenen aus Santa Fu an Senator Curilla).
Heute wissen wir noch nicht einmal von allen Gefangenen, wohin sie verschleppt worden sind!
Nun, wir meinen also, liebe Kollegen und Genossen, wir sollten zu unserem EINJÄHRIGEN einen fünftägigen Hungerstreik machen. Fünf Tage dauerte unser Aufstand, wo wir das Sagen hatten. Und wir wurden gehört: in ganz Westdeutschland haben Gefangene gegen die "organisierte Unmenschlichkeit" rebelliert und in Hamburg pilgerten täglich hunderte vor die Mauern von Santa Fu, um ihre SOLIDARITÄT zu bekunden. Gegen die Versuche der Justiz, den Aufstand durch Aushungern zu beenden, folgen zahlreiche Freßpakete und Schlecks über die berüchtigtste Mauer von Santa Fu. Zu bemerken: der Aufstand hatte große Bedeutung für die ganze Gesellschaft.
Wir werden auf jeden Fall streiken und hoffen, ihr werdet euch auch daran beteiligen. Sicherlich habt ihr aus eigener Erfahrung gemerkt, daß unsere Forderungen niemals im ganzen eingehalten worden sind. Wir wollen einfach nochmals darauf aufmerksam machen, daß wir nix vergessen!
Auch deshalb ist es angebracht, daß wir den Hungerstreik bis zum 2.6.1991 durchführen.
Wäre nur noch zu sagen: Liebe und Kraft den Kämpfenden!
Power, Power durch die Mauer - bis sie fällt!
Haltet euch, wir tun's auch!
Immer den Kopf hoch, auch wenn der Hals noch so dreckig ist!
Ihr wißt bescheid - alles okay
und allen ganz starke und liebe Grüße von uns

Bernd Meyer
zur gegebenen Zeit sind Carlos Grosser und Bernd Hofmann dabei

Aus aller Welt





FÜR DIE GUTE LAUNE!

SCHWEDEN: Shell to Hell... the show mußt go on!
1. Dez. 1990 : Aktionsgruppe "schwarzer Schnee" schickt eine Briefbombe an die Hauptgeschäftsstelle in Solma.
2. 3.2.91,LULEA, das ist am Polarkreis,fröstel Shelltankstelle beschädigt.
3.tätää:15.2.,UPPSALA, größte Tankstelle brennt bis auf die Grundmauern nieder, Schaden ca.3mio.DM
In der Nähe findet sich die Parole"Rassistentanke"

(Quelle:BRAND)

Holland
16.17.5. Frauengruppe "Heftige Hexen" verkleben mehrere Pornoshops in Amsterdam und Haarlem, spühen Parolen "Porno ist Frauenhaß"
In der Nacht vom 13. und vom 15.5. werden je eine SHELL Station in Amsterdam beschädigt. Viel Freude hatten dabei die New Kids on the Block, die Kinder der Blockadetage
(quelle:NN)

Achtung an alle! tragt keine LEVIS mehr. Das ist zwar bitter aber politisch notwendig. LEVIS hat seinen Firmensitz aus den USA und Mexiko nach Costa Rica verlegt, die ArbeiterInnen gefeuert und zahlt jetzt Löhne von etwa 3-4 Dollar pro tag. In den USA wird deshalb zum Boykott aufgerufen.
(Quelle:ECOMEDIA, Toronto)

In GRIECHENLAND ist immer November

31.5.
Auf eine Fabrikfiliale der Löwenbrauerei in der zentralgriechischen Stadt Atalanti ist ein Raketenanschlag verübt worden. Der Anschlag richtet sich gegen ausländische Investitionen in Griechenland. Prost!
(Quelle:dpa)

3.6. Auf zwei Raffinerien des griechischen Bonzen Vardyyoannes sind in der Stadt Corinth Raketenwerferanschläge verübt worden.Dahinter steckte der 17.November.





SCHWEINEREI. Nur kurze Zeit konnte die 19jährige Dainna Jellings ihre Regentschaft als „Schweinekönigin" im US-Bundesstaat „Iowa" genießen. Beim „Weltschweinefestival" am Freitag wurde sie von einer Frau in einem Schweinekostüm mit einer Sahnetorte beworfen, die angab, eine Initiative für den verantwortungsvollen Umgang mit Tieren zu vertreten.

BERLIN

Volxsport



Wir haben in der Nacht vom 23. auf den 24.5. eine Filiale der Sparkasse an der Frankfurter Allee auf Durchzug geschaltet. Wir setzen das als einen kleinen Nadelstich gegen den Regierungssitz Berlin, gegen Umstrukturierung und die damit einhergehende Verschlechterung der Lebensbedingungen. Zusammen mit anderen Sticheleien wollen wir damit ein allgemeines Klima der Verunsicherung für die da oben schaffen. Wenn wir unsgegen die Umstrukturierung aufeinander beziehen und gemeinsame Strategien entwickeln, können wir die Dampfwalze aufhalten und tatsächlich Geisterbahn mit den Bonzen in der Hauptstadt spielen.

Stichlinge





WIR HABEN AM 2.JUNI EINEN FIRMEN-TRANSPORTER DER KUTHE GMBH UND EINEN BAGGER DER STRABAG UNTAUGLICH GEMACHT !

ARNOLD KUTHE ALS SPEKULANTEN (Z.B. IN DER PHUEHLSTR) UND ALS BAUMAFIOSI (Z.B. BAUT ER FÜR STADT UND LAND)

Volxsport

STRABAG WG. DEM BAU VON KRIEGSINFRASTRUKTUR IM IRAK UND DEM BAU DES FRAUENKNASTES PLÖTZENSEE UND DEM NEUEN POLIZEIPRÄSIDIUM !

HAU WEG DEN REGIERUNGSSITZ, OB BONN, BERLIN - ÜBERALL !

GEGEN DIE UMSTRUKTURIERUNG DER STADTTEILE- FÜR DIE UMSTRUKTURIERUNG DER HERRSCHENDEN VERHÄLTNISSE !

SOZIALREVOLUTIONÄRE GRUPPE

Hallo Frauen, wie gehts Euch? Unser Vorschlag: Die näxte Kiezdisco ist für Euch!

Gestank im Sexshop

Gegen 3.30 Uhr kamen sie angeradelt, schlugen mit einem Hammer vier Fensterscheiben ein und warfen übelriechende Buttersäure in den Laden: Sechs Frauen zerstörten am Donnerstag einen Beate-Uhse-Sexshop in Mitte. Der Sachschaden beläuft sich auf mehrere tausend Mark. Eine Polizeistreife ertappte die 22- bis 25jährigen Frauen aus Kreuzberg, Schöneberg und Wedding. Vier wurden festgenommen und dem Staatsschutz übergeben. Hinter dem Anschlag werden politische Motive vermutet. „Es geht im Endeffekt immer wieder um die Frage der sexuellen Ausbeutung der Frau, die in Sexshops ihren Ausdruck findet", glaubt Werner Perschke vom Staatsschutz. **eb**

und wir glauben, daß Werner bald was auf die Löffel kriegt. i.







DIE MECKERFRAU MACHT'S UNMÖGLICH

Reiseland Türkei - Boykott !
Aus Solidarität mit den Kämpfen der Frauen und Männer in Kurdistan bleibt das NUR TOURISTIC REISEBÜRO Leipziger Straße 52 am 31.5./ 1.6.91 für 2 Tage geschlossen.

Dem Druck der Straße folgend fordern wir alle auf, das in der Tourismuswerbung aktuell ganz oben anstehende "(billige) Reiseland Türkei" zu boykottieren. Wir würden es schärfstens begrüßen, wenn viele Menschen auch unserem Beispiel folgen.

Unsere Aktionsform ist angelehnt an den Serhildan - den Volksaufstand in (türkisch) Nordwest-Kurdistan, der heute in sein drittes Jahr geht. Trotz des dort herrschenden Spezialkrieges der türkischen Armee gegen die ganze kurdische Bevölkerung, vermehrten sich im nordwestlichen Teil Kurdistans seit 1989 die Demonstrationen und der Widerstand in den Städten zum breiten Serhildan. Dabei kommt es zusammen mit den BewohnerInnen aus den umliegenden Dörfern zu oft tagelang andauernden Demonstrationen, Aktionen und Streiks, die besonders von Jugendlichen und Frauen organisiert werden. Und ähnlich einem Generalstreik werden dabei auch viele Geschäfte geschlossen gehalten. Funken für diese Aufstände sind nicht zuletzt die ständigen Übergriffe der türkischen Soldaten gegen die KurdInnen, selbst bei Beerdigungen von ermordeten und zu Tode gefolterten BewohnerInnen.

Gerade wegen der in den letzten Wochen gelaufenen Heuchelei und Verlogenheit über die sogenannte westliche Hilfe für die kurdischen Flüchtlinge, wollen wir es nicht nur bei einem Boykott-Appell belassen.

In den ersten Wochen, in denen die Flüchtlingsströme, getrieben durch die andauernden Luftangriffe der irakischen Armee, bis zur iranischen und türkischen Grenze kamen, wurden sie mit Schüssen gegen sie empfangen. Die NATO-ausgerüsteten und mit BRD-Hilfe ausgebildeten türkischen Soldaten hielten sie mit Gewalt in den schneebedeckten Bergen zurück. Die sofortigen Hilfskonvois von KurdInnen aus den Grenzstädten wurden ebenfalls aufgehalten. Und während das hier im TV zu sehen war, täglich viele Hunderte verhungerten und erfroren, wurden lebensnotwendige Güter - im besten Einklang zwischen den Regierungen der BRD und Türkei - gezielt zu spät zu den Flüchtlingen gebracht.
Dies ist die Strategie der Vernichtung von - in ihrer Sichtweise - "überflüssigen Essern", und der widerständigen kurdischen Gesellschaft, die sich den Ausbeutungsstrukturen entzieht. Und das entspricht dem gemeinsamen Interesse der imperialistischen Länder und den herrschenden Regimen in der Nahost-Region.

Hunderttausende Menschen sind bis heute in Kurdistan aus imperialistischen Interessen heraus ermordet worden. Mit der Kolonialen Aufteilung Kurdistans waren es die Engländer, die als erste 1930 kurdische Dörfer bombardierten, um die breiten Aufstände in Süd-Kurdistan (irak.) zu zerschlagen. 1937 konnte die türkische Armee die kurdischen Aufstände nur noch mit Bombardierungen ersticken. Danach verwandelte das türkische Regime, ähnlich dem irakischen und iranischen (unter dem Schah) ganze kurdische Gebiete (in den Ebenen) zu Militärkasernen.
In der Zusammenarbeit mit dem NATO-Land Türkei ab 1953, in der Ausrüstung und Ausbildung von Spezialeinheiten und Polizei, der gemeinschaftlichen Arbeit der Geheimdienste (auch zur Kontrolle und Verfolgung der kurdischen MigrantInnen hier), und als "Wirtschafts-

partner" steht die BRD an vorderster Stelle westlicher Türkeihilfe. Ähnlich gilt das für die BRD mit ihren Giftgasgeschäften und z.B. den satten Gewinnen für BRD-Konzerne wie Hoch Tief bei dem Bau von Infrastruktur und Großprojekten in dem Irak.

"Sag' nicht, daß die Kurden sterben...", der Freiheitswille der KurdInnen und ihr Widerstand, der stark verbunden ist mit der eigenen gesellschaftlichen (Über-) Lebensorganisierung, konnte nicht gebrochen werden. Das zeigt die Entwicklung des Serhildan und der bewaffnete Kampf vor allem der PKK in Nordwest-Kurdistan, und während des breiten Aufstandes in Süd-Kurdistan Anfang dieses Jahres wurde dies deutlich. In Süd-Kurdistan (irak.) hatte der Befreiungskampf im März 91 aus den Bergen heraus und der Aufstand der Bevölkerung die ganzen kurdischen Siedlungsgebiete in kurzer Zeit befreit, und eigene Versorgungsstrukturen wie eine autonome Verwaltung begannen. Bis heute sind etwa 1/3, besonders der bergigen Gebiete unter der Kontrolle der kurdischen Peschmergas. In den Ruinen der von der irakischen Armee seit Jahren systematisch zerstörten Dörfern versuchen sich Flüchtlinge aus den Städten minimale Überlebensbedingungen zu schaffen (FR27.4.91)

BOYKOTT GEGEN DAS "REISELAND TÜRKEI"

Und in dieser Situation setzt das türkische Regime auf den Ausbau des Tourismus. Reiserundfahrten werden bis nach "Südost-Anatolien" (=Kurdistan!) angeboten, an der "türkischen Riviera" zwischen Antalya und Alanya zeichnen sich bald ähnliche Entwicklungen wie an der spanischen Costa Brava ab.
Özal ist in den letzten Jahren verstärkt darauf bedacht, wirtschaftsverbindungen mit den westeuropäischen Staaten zu knüpfen, um den Weg zum EG-Beitritt zu ebnen. Eine Folge davon ist die bedingungslose Öffnung des türkischen Marktes für das expansive westliche Kapital, zu dem auch die internationale Tourismusindustrie zählt.
Verdienen wird an diesem Business allenfalls die nationale Elite der Tükei. Der Löwenanteil fließt in die Kassen der multinationalen Unternehmen wie TUI, NUR Neckermann..., die in den letzten Jahren in der Türkei eine starke Zunahme vor allem deutscher UrlauberInnen erzielt haben.
80% der organisierten Reisen werden von internationalen Großunternehmen kontrolliert. Zu Spottpreisen werden die Grundstücke von Spekulanten aus den Metropolen eingekauft, und auch am Bau der Hotelanlagen sind hauptsächlich westliche Firmen beteiligt. So bleibt der türkischen Wirtschaft bzw. für die Bevölkerung nur die Drecksarbeiten in der Hotelbranche übrig. Ein Zimmermädchen verdient umgerechnet ca. 50 DM im Monat - was ihr nicht zum Leben reicht.
Auch der größte Teil der Deviseneinnahmen durch Tourismusbedingte Importe - denn welcher deutsche Bierbauch mag schon auf sein Licher-Pils verzichten in der Fremde ?! - wandert wieder in's Ausland zurück.
Die Hauptlast an den ökonomischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Folgen trägt die einheimische Bevölkerung, die von den TouristInnen in Kolonialherrenmanier bestenfalls zu folkloristischen DarbieterInnen degradiert wird.

Gegen diese HERRschende vorgebliche "Normalität" von Spezialkriegen und wirtschaftlichem Ausverkauf

Solidarität mit den Aufständen und Kämpfen der FRAUEN und MÄNNER in KURDISTAN

Unterstützt die Flüchtlinge!

Kampf den blutigen Geschäften der westlichen/BRD Konzerne weltweit

INTERNATIONALE FRAUENSOLIDARITÄT

---

kleiner Nachtrag von Meckerfrauen:
wir mußten natürlich etwas nachhelfen...und haben am 31.5. im Reisebüro Leipziger Str. in Frankfurt die Computer mit Cola und die Einrichtung mit Farbe versaut. Statt der ausgeschmückten Werbung für das "Urlaubsland" Türkei steht eine Boykott-Parole am Schaufenster.

Eine bedauerliche Geschichte

Bullenenttarnung in Berlin - Nachtrag

In der radi 142 vom März 91 veröffentlichten wir drei Enttarnungen von Spitzeln/Bullen aus Holland, Hamburg und Berlin.

Das autonome wöchentliche Berlin-Info `Interim' veröffentlichte die Berliner Enttarnung nicht und legte das Papier in einen Ordner, in dem unveröffentlichte Sachen für Interessierte zugänglich in einem Infoladen aufbewahrt werden. Ihr Kommentar dazu: "Hahnebüchen...Auf drei Seiten nur Vermutungen, keine Fakten - deshalb Ordner" (Interim 129, 10.Jan.91). Danach war aus Berlin diesbezüglich nichts mehr zu vernehmen. Es gab weder Dementis, Kritik, Bestätigung oder sonstwas.

Nach der Veröffentlichung in der radikal änderte sich das. Zunächst meldete sich Mitte April der Berliner Ermittlungsausschuß (EA) zu Wort und forderte die EnttarnerInnen auf, den einzigen Beweis, einen Visumsantrag, zu veröffentlichen, von dem sie in der radi gelesen haben.

Das geschah dann auch in der darauffolgenden Interim zusammen mit einer kurzen Stellungnahme der EnttarnerInnen. Diese schrieben, daß der Visumsantrag bereits dem ursprünglichen der Interim zugeschickten, Papier beilag und fragten die Interim, warum dieser dem Papier, als sie es in den Ordner legten, dann nicht mehr beilag.

Darauf antwortete die Interim später: "Das Fehlen des Visumsantrags bleibt uns unerklärlich", sonst nichts. Es geht leider nicht hervor, ob der Visumsantrag von Anfang an fehlte. Nach dem Papier des EA`s folgte ein weiteres Kritikpapier an der Enttarnung, unterschrieben mit `Schulze und Schultze' (abgedruckt in derselben Interim, wo auch der Visumsantrag drin ist, Nr. 143). Sie kritisieren den Stil des Enttarnungspapiers und einige darin enthaltenen Behauptungen, die durch nichts bewiesen sind. `Schulze und Schultze' schrieben jedoch, daß sie es für wahrscheinlich halten, daß Fred Hardy und sein Kumpel Bullen sind.

Zum Schluß richten sie die Frage an uns, warum wir etwas unkommentiert veröffentlichen, wo doch die Interim selbiges als "hahnebüchen" bezeichnet.

Es stimmt natürlich, daß es irritieren kann, wenn wir etwas unkommentiert reinnehmen, was andere Zeitungen ablehnen. Das ist uns im Nachhinein auch aufgefallen und wir denken jetzt, es wäre besser gewesen, zumindest Teile des Papiers abzudrucken und zu kommentieren.

So vermittelt der Abdruck der reinen Fakten eine Klarheit und Reibungslosigkeit in unserer Entscheidung, die es bei uns nicht gegeben hat. Wir haben uns über das Papier geärgert und ewig diskutiert.



Der Stil des Papiers ist arrogant und großkotzig. Bestimmte Passagen scheinen nur dazu geschrieben zu sein, um bestimmten Teilen der Scene eine (z.T. sicher berechtigte) Kritik überzubraten und sich im Gegensatz dazu als toll zu präsentieren.

Schlimmer sind jedoch die Spekulationen. Als Beispiel: F.H. und sein Kollege wurden in der Nacht vor der Mainzer-Räumung vor einem Haus gesehen, in dem kurze Zeit später ein Brand ausbrach. Auch wenn wir den Bullen solche Aktionen zutrauen, so ist das `Sehen vor dem Haus' wirklich kein Beweis.
(O-Ton im Papier: "Damit ist der Brand- und Mordanschlag auf die BewohnerInnen des Hauses Mainzerstr.23 aufgeklärt")

Durch solche Spekulationen wird das Vertrauen in das, was sonst in dem Papier steht, nicht gerade gestärkt. Anstatt den Visumsantrag mit dem gebührenden Gewicht des wichtigsten Beweises im Papier zu behandeln, wird er einfach als Anhang drangeklatscht. Das erweckt den Eindruck, als ob er den EnttarnerInnen nicht so wichtig war wie ihre eigenen Spekulationen.
Im Papier, wie es uns zugeschickt wurde, ging es auf drei Seiten über Vorgeschichte, Verlauf und Einschätzung der Enttarnungsaktion. Dazu kam ein 4 Seiten langer Anhang mit Kopien von Visaanträgen F.H.`s und einer Frau, die bei der Durchsuchung seines Autos gefunden wurden, Fotos von den Wohnhäusern und einem Foto, wo F.H. noch mal zu sehen ist. Auf der Kopie, die wir da bekamen ist da kaum noch was zu erkennen.
Die Seiten sind durchnummeriert und auf Seite 6 befindet sich der für uns wesentliche Beweis: ein ausgefüllter Visumsantrag von F.H. für einen Urlaubsaufenthalt auf den Philippinen, auf dem als Berufsbezeichnung "police officer" eingetragen ist (siehe Interim 143).
Wir haben die Enttarnung unabhängig vom Sprachstil und auch den Spekulationen veröffentlicht, weil wir das aufgrund das Visumsantrages für gerechtfertigt halten. Dieser Visumsantrag ist für uns ein "Fakt", deshalb konnten wir die Begründung der Interim ("nur Vermutungen, keine Fakten") nicht nachvollziehen. Als zusätzliche Bestätigung nehmen wir die Tatsache, daß F.H. und sein Kollege nach der Enttarnung spurlos verschwunden sind und auch keine Entgegenung veröffentlicht wurde.
Wir haben nicht nur das Berlin-Papier, sondern alle drei Bullen/Spitzel-Enttarnungen auf die wesentlichen Fakten gekürzt reingenommen. Das geschah in erster Linie aus Platzgründen und weil wir dachten, daß diese Fakten genügen, um den enttarnten Bullen/Spitzeln die Möglichkeit zu nehmen, sich woanders (in anderen Städten) wieder einzuschleichen. Also haben wir auch keinen Kommentar abgegeben, weil die Leserinnen diesen ohne Abdruck des gesamten Papiers nicht verstanden hätten.
Zur Entscheidung der Interim können wir uns auch jetzt noch nicht ein genaues Bild machen: Da ihr auf die entsprechenden Fragen, die euch die EnttarnerInnen und andere gestellt haben, nur ganz knapp antwortet, wissen wir nicht, ob ihr die Enttarnung veröffentlicht hättet, wenn der Visumsantrag nicht gefehlt hätte. Das Fehlen dieses Antrags ist ja anscheinend allen Seiten ein Rätsel.
Wenn wir also davon ausgehen, daß ihr den Visumsantrag nicht hattet, finden wir es richtig, das Papier nicht zu veröffentlichen. Wir hätten das in diesem Fall auch nicht gemacht.
Wenn ihr eine Veröffentlichung unverantwortlich findet, ist es dann aber unverständlich, wieso ihr trotzdem dazu beitragt, indem ihr das Papier in einen öffentlich zugänglichen Ordner ablegt. Ihr schreibt dazu: "Wir haben es damals in den Ordner gepackt, da das Papier zu der Zeit schon über andere Wege Verbreitung gefunden hatte." (Interim 145)
Daß das Papier schon rumgeht, kann doch kein Grund sein, da mitzumachen, wenn man eigentlich dagegen ist.

Auf der anderes Seite verstehen wir nicht, warum die EnttarnerInnen nicht gleich auf den Vorwurf "keine Fakten" reagiert haben.

Alles in allem ist das Papier ein trauriges Beispiel, wie eine gute Aktion durch ein oberflächliches und selbstgefälliges Papier in Mitleidenschaft gezogen werden kann. Die Aktion selbst fanden wir nämlich sehr gut. Leider kommt es nicht oft vor, daß ein bestehender Verdacht durch entschlossenes schnelles Handeln bestätigt werden kann. Oft schleppen sich Verdachtsmomente jahrelang durch die Scene ohne daß hartnäckig nachgeforscht wird.
Die Ernsthaftigkeit, sich mit Verdachtsmomenten gegen eine Person genauestens zu beschäftigen, mit Genoss/innen des Vertrauens darüber zu diskutieren und gemeisam einzuschätzen, ob der Verdacht ausreicht, um die Person damit zu konfrontieren oder eine Aktion (Durchsuchung o.ä.) zu starten, um nach Beweisen für den Verdacht zu suchen, ist selten vorhanden.
Statt korrekten Enttarnungsaktionen gibt es nicht selten Personen, die durch die Spitzelgerüchteküche ihren Ruf weghaben ohne daß sich die Mühe gemacht wird, den Verdacht zu bestätigen oder zu entkräften.
In autonomen Kreisen ist mitunter eine Gleichgültigkeit (so nach dem Motto: "Was solls? Ist doch eh klar, daß bei uns v.a. in `öffentlichen' Zusammenhängen, z.B. Demovorbereitungstreffen die Bullen drinhängen.") verbreitet, die wir für gefährlich halten. Als ob damit die Notwendigkeit hinfällig werden würde, den Bütteln auf die Schliche zu kommen. Mit so einer `legalistischen' Haltung wird begünstigt, daß Bullen/Spitzel über die Jahre immer mehr in die Szene reinwachsen und sich dort verankern können.
Wie so oft kommt dann der Spruch: "Das lenkt ab, zieht Kräfte ab vom `Eigentlichen'", und es wird wohl nicht kapiert, daß der Umgang mit Bullen bzw. ein genauer Umgang mit allen Leuten mit denen wir uns organisieren (egal ob legal oder illegal) genauso zur Organisierung gehört, wie andere Aspekte auch.

Hoffentlich sind mit dieser kurzen Stellungnahme die Fragen von `Schulze und Schultze' und eventuell anderen an unsere Veröffentlichungskriterien bei Spitzeln/Enttarnungen beantwortet worden.



Einige aus der radikal - Abt. Counter-Spy

ZUM KURDENPROZESS

"Das wird jetzt nicht mehr übersetzt, das will ich gar nicht mehr hören!"

(O-Ton Erster Vorsitzender Richter des Staatsschutzsenates am OLG Düsseldorf Belker)

Am 12.12.90, dem 96. Verhandlungstag besuchte eine Delegation Hamburger Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter den Prozeß gegen die kurdische Befreiungsbewegung vor dem OLG Düsseldorf, um ihre Sorge bezüglich des rechtstaatlichen Handelns der deutschen Justiz zum Ausdruck zu bringen, da dort Repäsentantinnen und Repräsentanten einer ausländischen Befreiungsbewegung als terroristisch angeklagt werden, obwohl die UNO-Charta ausdrücklich kolonial unterdrückten Völkern das Recht auf bewaffneten Befreiungskampf zubilligt.
Die BAW reagierte mit einem vierseitigen Schreiben an die Gewerkschaftsvorstände, in dem sie die Reglementierung der Basis forderte. Daraufhin wurde für den 21. Mai zu einem weiteren Prozeßbesuch für Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern mobilisiert.

Nach eineinhalb Jahren war der 21. Mai der 135. Prozeßtag im größten Schauprozeß in der Geschichte der BRD gegen eine Befreiungsbewegung aus den drei Kontinenten.
Trotz der empörenden angeblichen Beweisführung seitens der Bundesanwaltschaft (BAW), sind von den ursprünglich 21 Angeklagten immer noch vier in Haft und insgesamt 16 im Prozeß. Bei acht von den 16 Angeklagten hat das Gericht die Einstellung des Verfahrens "wegen Geringfügigkeit" angeboten. Die 8 Angeklagten lehnten dies ab.
Vor allem ein imperialistischer Staat, wie die BRD (auf dem Weg zum vierten Reich), konnte und kann es sich leisten, diese Frauen und Männer erst zwei Jahre in den Knast zu stecken, sie zu meuchelmordenden Topterroristen hochzustilisieren und ihnen jetzt anzubieten "wegen Geringfügigkeit " einzustellen.

Hintergrund und Ursache für diesen § 129a-Prozeß ist und bleibt die imperialistische Aufstandbekämpfung gegen den umfassenden Befreiungskampf der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans).
Im Anschluß an den von den imperialistischen Staaten angezettelten Golfkrieg, wurde die Südkurdische Bevölkerung zum Aufstand unter der kollaborierenden Führung z.B. eines reaktionären "Führers" Talabani aufgerufen. Ziel ist die Verhinderung eines befreiten und sozialistischen Kurdistans. Der erste absehbare "Erfolg" war die Niederschlagung des Aufstandes durch den irakischen Staat.
Die Einrichtung eines sogenannten Sicherheitsgürtels zwischen den verschiedenen Teilen Kurdistans ermöglicht die ständige Stationierung von US- und NATO-Truppen inmitten Kurdistans.
Während Bundesarbeitsminister Blüm Krokodilstränen um die verschlammten, hungernden, frierenden kurdischen Kinder weint, sich die bundesdeutsche, aufgeklärte Bevölkerung mit humanitären Hilfsaktionen selbstbeweihräuchert, die Palästinenserinnen und Palästinenser in den Lagern längst vergessen sind, werden an keiner Stelle die wahren Verursacher und Schuldigen benannt. Für die imperialistischen Staaten ist kein Preis zu hoch. Zur Verhinderung eines breiten Durchbruches des Kampfes für ein sozialistisches befreites Kurdistan planen sie einerseits die Zerstörung der Widerstandsstrukturen (Bei gleichzeitiger Aufwertung der Feudalstrukturen). Andererseits nehmen sie den Tod tausender Menschen in Kauf, um das Leben aller bedrohten Kurdinnen und Kurden auf den blanken Existenzkampf zu reduzieren.

Die Drohung und Durchführung der massenhaften Liquidierung von arabischen und kurdischen Frauen und Männern soll jeglichen Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung verhindern.

Da mit Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern die sog. liberale Öffentlichkeit im Gerichtssaal anwesend war, versuchte sich der vorsitzende Richter Belker in den ersten Verhandlungsminuten moderat zu geben. Auf die Begrüßung der inhaftierten Angeklagten und auf die Forderung der Verteidigung einen türkischen oder kurdischen Besucher, der sich mit einem Führerschein ausweisen konnte, Einlaß zu gewähren (der Antrag wurde vom Senat abgelehnt) reagierte er mit einer lockeren Ansprache an die "Öffentlichkeit": "Ist das jetzt das Schauspiel für die IG-Medien?".
Seine zur Schau gestellte Freundlichkeit bekam kurz darauf die ersten Risse. Der bundesweit erste Kronzeuge Cetiner ignorierte schon gleich die erste Frage des Vorsitzenden Richters und "besserte" wie schon so oft erst einmal seine Aussagen der letzten Woche nach und denunzierte dabei u.a: völlig neue, in den Akten bisher unbekannte Personen. Da zur Zeit nur der Senat das Fragerecht an den Zeugen hat, konnte und kann Cetiner ungestört erzählen, was vorher von der BAW als wichtig bestimmt wurde. Einige Fragen werden beantwortet, wobei der Stil eher an ein abgelesenes Vernehmungsprotokoll erinnert, andere eben nicht. So erzählte Cetiner beispielsweise von einer Sitzung des Generalsekreteriats der PKK vor 8 Jahren (1983!). Er konnte sich an Zeit, Ort, an anwesende Personen, ihren Namen und Decknamen (und nur an das, in genau dieser Reihenfolge) "erinnern". die Frage, ob er selber an dieser Sitzung teilgenommen hatte, wollte und konnte er schon nicht mehr beantworten. Von Richter Belker braucht er zumindest keine unangenhmen Nachfragen zu erwarten.
Das ist auch nicht weiter verwunderlich, da Cetiner der dritte von den drei wichtigsten Zeugen ist. Der erste Hauptbelastungszeuge lehnte bereits vor Verhandlungsbeginn jede weitere Aussage ab, der zweite verwickelte sich derartig in Widersprüche, daß ihm auf einmal einfiel, daß er ja mit einem Angeklagten verwandt ist. Bleibt Cetiner, ein gekaufter Zeuge, der schon im Mordfall Olof Palme mit diversen falschen Anschuldigungen geglänzt hat. Von diesem Zeugen erklärt die BAW, erst er mache die Anklage gegen die Befreiungskämpferinnen und Befreiungskämpfer rund.
Ohne (aber auch mit) den Kronzeugen Cetiner wird das Anklagekonstrukt der BAW endgültig zusammenbrechen. Um die angeknackste Glaubwürdigkeit des Zeugen zu retten, versuchen die BAW und der Strafsenat eine neue Legende zu schaffen. Diese besagt, daß die Angeklagten und die Verteidigung vor nichts mehr Angst hätten, als vor der Zeugenaussage Cetiners und demzufolge mit allen Mitteln dessen Vernehmung in der Hauptverhandlung verhindern wollten. Natürlich wird Cetiner als Zeuge grundsätzlich abgelehnt, da seine Intrigenspiele bereits in Schweden aufgedeckt wurden. Da er aber nun als Kronzeuge anwesend ist, wird die Verteidigung ihn "als gekauften Zeugen" entlarven. Seine Rolle als Hauptbelastungszeuge wird er nur solange erfüllen können, solange er von der Verteidigung nicht befragt werden kann.
Eine Legende muß erst einmal geschaffen und dann am Leben erhalten werden. Ein typischer Lebenserhaltungsversuch war der 135. Hauptverhandlungstag. Nachdem Cetiner eine halbe Stunde "Aussagen" gemacht hatte, begann eine offensichtlich inszenierte siebenstündige

Aufführung, die oben beschriebener Legendenbildung dienen sollte. Als Auslöser diente ein angeblich beleidigender Zwischenruf eines Angeklagten. Der Inhalt dieses Zwischenrufes konnte bis zum Ende des Verhandlungstages nicht geklärt werden, darum ging es aber auch bald schon nicht mehr. Für die Behauptung, daß das Wort Esel gefallen sein soll, was außer Cetiner nicht einmal die Gerichtsdolmetscher gehört hatten (die sehr wohl den Rest des Zwischenrufes wiedergeben konnten), wurden zwei Angeklagte zu vier und sieben Tagen Knast und Ausschluß aus der Hauptverhandlung für zehn Tage verknackt.

Gegen die Verhängung dieser Ordnungsmittel mit dieser Behauptung wehrten sich sowohl die Angeklagten, als auch die Anwältinnen und Anwälte und die anwesende Öffentlichkeit. Für die ersten Zwischenrufe auf die Lüge Cetiners gab es die verhängten Ordnungsstrafen. Als die Angeklagten protestierten wurden weitere Ordnungsstrafen angedroht. Zur Durchsetzung und Untermauerung wurden dann alle Verteidigungsversuche konsequent unterbunden. Verteidigerinnen und Verteidiger bekamen keine Zeit für eine Beratung mit ihren Mandanten, den Angeklagten wurde konsequent nach einer Minute Redezeit das Wort entzogen, zwischendurch hagelte es Ermahnungen und Androhungen von Ordnungsstrafen gegen die Angeklagten. Der Verteidigung wurde vorgeworfen, ihre Mandantin und Mandanten nicht ordnungsgemäß zu beraten, sondern sie in ihrem "ungebührlichen Verhalten" zu unterstützen. Selbst die öffentlichkeit wurde von dieser Bestrafungswut des vorsitzenden Richters und der BAW nicht ausgenommen. Lediglich die fortgeschrittene Zeit, mitlerweile waren sieben Stunden vergangen beendete diese Inszenierung. Begründet wurden alle Strafen und Strafandrohungen mit dem Vorwurf, die Angeklagten und ihre Verteidigung würden "fortgesetzt" die Befragung des Kronzeugen Cetiner verhindern.
Zwischenrufe des BAW Senge, wie "Schwachsinn" u.ä. stören Richter Belker nicht. Auch daß Bundesanwalt Senge seine männliche Eitelkeit mit minutenlangen Hetztiraden gegen eine Anwältin bestätigen muß, stört den Verhandlungslauf nicht.
Durch die massive öffentliche und justizinterne Kritik an diesem Mammutverfahren steht der Staatsschutzsenat unter Druck. In diesem - selbst geschaffenen - Dilemma wird massiv nach den Mitteln der Ordnungshaft und des Ausschlußes aus der Hauptverhandlung gegriffen, deren Ziel es unter anderem ist, die Angeklagten als Subjekte in dem Verfahren auszuschalten und konkret am liebsten den Zeugen ohne die Angeklagten zu vernehmen, einen Geisterprozeß zu inszenieren.
Am folgenden 136. Verhandlungstag wurden 6 weitere Angeklagte, darunter die 4 inhaftierten Angeklagten, zu Ordnungshaft und Ausschluß aus der Hauptverhandlung bis nach der Sommerpause verknackt. Grund hierfür war einzig und allein der kurze Protest (keine Minute) nach der Verkündung der Ordnungshaft- und Ausschluß-Beschlüsse gegen Meral Kidir und Mehmet Sait Yilderim. Diese völlig überzogene Maßnahme ist nur ein weitere Beweis für die oben genannte Prozeßtaktik, den gekauften und präparierten Zeugen ohne die Angeklagten zu vernehmen. Wir werden noch sehen, wie lange er dann noch zur Verfügung steht.
Die BAW hat den Prozeß schon längst verloren. Angekündigt als der größte Terroristenprozeß in der Geschichte der BRD, bricht nun Stück für Stück die Anklage zusammen. Daß jetzt mit billigen Tricks gearbeitet wird, wundert nicht, sondern macht nur deutlich, daß selbst bei einer Verurteilung einzelner Angeklagter (und die ist in diesem Land auch ohne "Beweise" möglich) die PKK diesen Prozeß politisch gewonnen hat.

Solidarität mit dem Kampf um ein befreites sozialistisches stan!
Einstellung aller 129a-Verfahren!



INFO-BÜRO FÜR GEFANGENE/HAMBURG

Die Presse lügt - zum 17.5.91 in Stammheim

Die gesamte bundesdeutsche Presse von Welt bis taz lügt über das, was Brigitte Mohnhaupt, Christian Klar, Heidi Schulz und Sieglinde Hoffmann gestern in Stammheim gesagt haben. Sie lügen, daß sich die Balken biegen.
Alle vier wollten keine ZeugInnenaussagen machen. "Nicht in die Mikrophone der Bundesanwaltschaft", sagte Brigitte, "nicht vor Staatsschutzprostituierten und Staatsschutzzuhältern", sagte Heidi und Christian, "nicht in den vom Kronzeugengeschäft korrumpierten Prozessen".
Aber sie wollen reden.
Christian sagte: "Die Gefangenen, die unserer Sache verbunden sind, werden danach sprechen, und zwar direkt zur Öffentlichkeit".
Brigitte kündigte an, daß die Gefangenen diesmal nicht so lange warten werden wie bei Boock, wo sie erst 1988 in der konkret gesagt haben, was Boock für ein Typ ist, wie er die Gruppe ausgebeutet hat.

So, und das war's gestern in Stammheim. Von Aktionen war nicht die Rede.
Und heute schreibt die Presse:
BILD: RAF droht!
WELT: Drohungen noch aus dem Gerichtssaal
Hamburger Abendblatt: RAF droht mit "Aktionen"
...Und die taz, das sind die fiesesten LügnerInnen. Zitieren sie doch Christian Klar erst wortwörtlich: "Die Gefangenen werden danach <u>sprechen</u>, direkt zur Öffentlichkeit". Aus Reden macht die taz Handeln und schlußfolgert die Ankündigung von Aktionen daraus. So heißt es dann: "<u>So</u> kündigte Klar neue Aktionen an."

Wenn mensch das liest, wird klar, es stimmt, was Christian gestern sagte: "Wenn der Staatsschutz die Vorgaben macht, ist die Denkfähigkeit deutscher Journalisten nach wie vor narkotisiert".
Wes Brot ich eß, des Lied ich sing' - Rückgrat haben sie nicht.

Der Sinn dieser Verdrehungen ist klar: der Staatsschutz will wieder mal die Propaganda von der Zellensteuerung - daß die Gefangenen die Aktionen draußen steuern - an die Frau/den Mann bringen. An die draußen kommen sie nicht ran, also wollen sie <u>die</u> fertigmachen, an die sie zumindest physisch rankommen, die Gefangenen.

Am Dienstag, den 14.5. machte der Generalbundesanwalt von Stahl in der Sendung Panorama klar, worum es dem Staatsschutz materiell geht. Er sagte, es dürfe keine Zusammenlegung der gefangenen geben, Zusammenlegung bedeute Gruppendruck, die Gefangenen machten nur die Politik der RAF und die Öffentlichkeit solle sich nicht durch humanitäre Argumente einlullen lassen.
Susanne Albrecht sagte gestern auch noch mal, wie recht von Stahl hat, daß die RAF stalinistisch und unmoralisch sei.
Alles eine Dramaturgie.

Leider können wir sie nicht abtun nach dem Motto: Wenn es Scheiße regnet, spannen wir den Regenschirm auf oder bleiben zu Hause.
Der Staatsschutz macht nicht nur Propaganda, sondern handelt auch.

Die WELT heute, ein paar Seiten weiter: "Die Düsseldorfer FDP-Landtagsfraktion hat in der Frage der Zusammenlegung mutmaßlicher Terroristen gestern eine Kurskorrektur signalisiert. Bisher hatte die NRW-FDP die Zusammenlegung dieser Häftlinge gebilligt..."
Das heißt, die kleine Gruppe von Christa Eckes, Sieglinde Hoffmann, Heidi Schulz und Ingrid Jacobsmeier, die im Knast Köln-Ossendorf regelmäßig Umschluß miteinander haben.
Jetzt will der rechtspolitische Sprecher der FDP, Laufermann, die bisherige FDP-Haltung überdenken. Er spricht von Haftvergünstigungen, die nicht gerechtfertigt seien, und verlangt die Einberufung der Justizministerkonferenz, die eine bundeseinheitliche Haltung "zu diesem Problem", das heißt zu den Haftbedingungen erreichen müsse.

Sie wollen selbst die Kleingruppen auseinander reißen.
Darauf wollen sie die Öffentlichkeit einstimmen.

Das nehmen wir nicht hin.
Es geht weiterhin um die Zusammenlegung der Gefangenen aus RAF und Widerstand in ein oder zwei große Gruppen und um die Freilassung aller Haftunfähigen.

Hamburg, den 17.5.91

ITALIEN: ANTI-STAATSMASSAKER-DEMO ANGEGRIFFEN

Am Dienstag, den 28. Mai wurde die autonome Demo am Jahrestag des faschistischen Bombenanschlags auf der Piazza della Loggia in Brescia von den Bullen brutal angegriffen. Mit der Demo wurde an den Anschlag am 28. Mai 1974 erinnert, der den Tod von acht Personen und viele Verletzte verursachte. Die Behauptung der autonomen Linken Italiens, die faschistischen Anschläge in den 70er Jahren hätten unter staatlicher Regie stattgefunden, läßt sich heute angesichts der Gladio-Affäre kaum noch leugnen.

Die Demo, an der 500 bis 600 Personen teilnahmen, wurde wiederholt von Carabinieri und Polizei mit brutalen Knüppeleinsätzen angegriffen, zum Teil unter Einsatz von Gewehrkolben. Die Bulleneinsätze dienten offiziell der Beseitigung eines Transpis mit der Aufschrift "Kossiga Boia" (Kossiga Henker); dies stelle, so ein Gesetz aus dem alten Königreich Italien, eine Beleidigung des Staatsoberhaupts und damit eine strafbare Handlung dar.

Bilanz der Knüppelorgien: fünf GenossInnen sind in stationärer Behandlung mit zum Teil schweren Verletzungen, unzählige andere sind verletzt, vor allem durch Platzwunden am Kopf. Darüber hinaus wurden sechs GenossInnen festgenommen, wobei fünf GenossInnen wieder entlassen wurden, während der Verbleib der sechsten Person immer noch ungeklärt ist. Bereits am Vormittag hatte es Bulleneinsätze gegen eine Kundgebung auf der Piazza della Loggia gegeben. Für Samstag, den 1. Juni, ist eine Demo gegen den Bulleneinsatz geplant.



Wie offen ist Hanna Cashs "Beitrag zur Diskussion mit den Gefangenen und der RAF"?

Reaktion auf "Auf ins Offene" (ak-Beilage von Hanna Cash im ak Nr. 329 v. 8.4.91)

Hanna Cash will mit ihrem Papier "ein bißchen Klarheit in all den Wirrwarr" der Diskussion bringen. Dies gelingt ihr aber nur sehr bedingt: Einerseits schreibt sie, die Politik der RAF verschärfe die Haftbedingungen der Gefangenen und führe zu keiner fortschrittlichen Veränderung der herrschenden Politik. Andererseits vertritt sie folgende These: Wenn die RAF aufhören würde, würde dies "eine Demoralisierung für alle Menschen bedeuten, die die Hoffnung auf Veränderung noch nicht aufgegeben haben" (S. 2, Sp. III).

Aber der Reihe nach: Zunächst setzt sich Hanna Cash mit dem 89er Hungerstreik auseinander (Hauptthese: ohne den damaligen Wahlkampf hätte sich eine größere Breite der Unterstützung und damit ein Erfolg erreichen lassen). Danach kritisiert sie die Politik der RAF als Politik des "individuellen Terrors" (Lenin). Ausgehend davon, daß ihres Erachtens die Anschläge der RAF den Gefangenen schadeten, setzt sie sich anschließend mit Lochtes Zusammenlegungsvorschlag und dem - von der "taz" enthüllten - angeblichen "Verhandlungsangebot" der BRD an die RAF auseinander. Schließlich diskutiert sie den Begriff der "revolutionären Identität" und schlägt abschließend eine Neuentwicklung revolutionärer Perspektiven auf der Grundlage von "Menschenrechten" und "Ethik" vor.

Im folgenden wollen wir zunächst den Beitrag von Hanna Cash einer ausführlichen Kritik unterziehen, wobei wir uns im Aufbau an ihrem Papier orientieren. Eigene Vorschläge zum Entstehen und Ablauf einer Kampagne zur Freilassung der politischen Gefangenen sind darin eingearbeitet. Danach haben wir uns mehr den allgemeinen Perspektiven künftiger revolutionärer Politik gewidmet, die dann in eine kritische Diskussion der bisherigen RAF-Politik übergehen. Dabei sind unsere Hauptthesen: 1. Der letzte Hungerstreik ist nicht nur an fehlender Zeit und Breite gescheitert. Vielmehr fehlte es - abgesehen von der bündispolitischen Neuorientierung der Gefangenen selbst - an einer Strategie, die der für den Staat effektiven (und nicht einer Hysterie geschuldeten!) Repression etwas wirkungsvolles entgegensetzen konnte. 2. Die Anschläge der RAF schaden den Gefangenen nicht - eher im Gegenteil. 3. Im Rahmen einer neuen Initiative von RAF und anderen RevolutionärInnen sollte zunächst um die Freilassung der Gefangenen gekämpft werden. Aus einer solchen Neubestimmung des Verhältnis von RAF und restlicher revolutionärer Linke können sich weitere wirkungsvolle Kämpfe ergeben. 4. Hanna Cash Diskurs von Recht und Ethik führt zu einer Unterordnung unter die kapitalistischen Verhältnisse. 5. Eine neue revolutionäre Initiative hat nur dann eine Chance, wenn sie die widersprüchliche (von Unterdrückung *und Integration* geprägte) Lebenssituation der Individuen in den imperialistischen Metropolen berücksichtigt. 6. Dies erfordert von der RAF einen stärkeren Bezug auf konkrete politische Auseinandersetzungen als bisher und somit eine Neuorientierung ihrer Politik.

Der Hungerstreik 1989: Fehlte nur noch mehr Breite?

Wir stehen, und auch aus diesem Grund ist eine Diskussion um u.a. das Papier von Hanna Cash nebst GenossInnen von einiger Bedeutung, mit hoher Wahrscheinlichkeit erneut vor einem Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF und vermutlich dem antiimperialistischen Widerstand. In diesem Zusammenhang ist daher sicher von Bedeutung, daß der Hungerstreik 1989 weite Teile der Linken unvorbereitet traf, obwohl seit September 1988 verschiedene Informationen über den möglichen Beginn eines Hungerstreiks kursierten.

Die von Hanna Cash als "ermutigend" bezeichnete "relative Breite des unterstützenden Spektrums" (S. 1, Sp. I) führte nach 101 Tagen Hungerstreik zu der seit 1977 breitesten UnterstützerInnen-Mobilisierung (über 750 Organisationen, Verbänden, Gruppen und Einzelpersonen). Dabei wäre es fatal zwei Aspekte nicht zu berücksichtigen:

1. Im humanistischen Lager gab es eine breite moralische Betroffenheit über die Zustände in deutschen Knästen, zugleich aber eine deutliche Distanz zur Politik der RAF, die allein durch die Hungerstreik-Erklärung nicht aufgelöst werden konnte.

Es ist nicht gelungen und im wesentlichen vom größten Teil der engagierten Kräfte auch abgelehnt worden, den Hungerstreik der RAF zum Anlaß zu nehmen a) den § 129a in die Mobilisierung miteinzubeziehen, b) Knaststrukturen und -zustände hinreichend zu thematisieren sowie c) den bundesrepublikanischen Repressionsapparat grundlegend in die Kampagne einzubetten. Damit blieb es bei einer scharfen Abgrenzung der Spektren untereinander und einer gewissen Extravaganz der UnterstützerInnen-Szene, die u.a. dazu führte, daß es auf der Straße zu keinen Massenmobilisierungen kam. Mehr "Phantasie... für Aktionsformen" (ebd.) hätte gefehlt; gut, aber dazu hätte es auch einer klareren inhaltlichen Bestimmung bedurft. Hier liegen die Probleme und nicht in darin,

daß "mehr Zeit" (ebd.) notwendig gewesen wäre, um das "Potential der ansprechbaren Leute" (ebd.) auszuschöpfen.
2. die relative Zurückhaltung des autonomen Spektrums; von ihnen gingen kaum praktisch-politische Initiativen aus. Zum einen lag das an der Orientierung, sich nicht Zeitpunkt und politische Bestimmung des Hungerstreiks wieder einmal diktieren zu lassen, zum anderen an der Ablehnung bündnispolitischer Orientierungen. Es ließe sich scharf formulieren, daß im autonomen Lager keine Fähigkeit und kein Wille vorhanden war, der Erklärung der Gefangenen entsprechend ein Handlungskonzept aufzubauen. Die Orientierung lag deutlich auf dem "Tag X" - der/die erste Tote - um die alten Handlungsmuster der Militanz anbringen zu können. Aus der durch die Neuartigkeit der Erklärung entstandenen Irritationen konnte sich das autonome Spektrum gar nicht, ein Teil des antiimperialistischen Spektrums ebenfalls nicht befreien.
Entscheidend war also, daß mit der politischen Orientierung des Hungerstreiks der Versuch von den Gefangenen unternommen wurde, aus den engen Strukturen des eigenen Umfeldes herauszukommen. Dafür hat in diesen Strukturen und darüberhinaus weitgehend das Verständnis, der Wille, die Fähigkeit gefehlt.
Auf dieser Grundlage ließ sich keine Orientierung herausarbeiten, die ein Konzept der Einheit von Protest, Widerstand und Theorie hätte tragfähig werden lassen können. So hat, wie Eva Haule schrieb,

> **"... sich gezeigt, daß es gegenüber dieser reaktionären harten Macht keine politische wirksame Kraft hier gibt. Das betrifft alle Zusammenhänge im politischen Widerstand im weitesten Sinn, genauso wie gewerkschaftliche, christliche und antifaschistische Gruppen."**(2)

Der Abbruch des Hungerstreiks ist damit Ausdruck hoher revolutionärer Verantwortung gewesen.

Zu den sog. Hinrichtungsaktionen der RAF

Hanna Cashs konkreter Kritik an der Neusel-Erklärung können wir weitgehend zustimmen (Überschätzung der Rolle von Neusel, Unterschätzung der Notwendigkeit von Unterstützung der Forderungen der Gefangenen von GRAPO und PCE(r) durch die spanische Bevölkerung selbst). Was darüber hinaus von Hanna Cash als (ver)allgemeine(rnde) Kritik an der RAF formuliert wird, ist leider kalter Kaffee und läuft auf die Wiederholung der These vom "individuellen Terror" hinaus:

> "Die falsche Orientierung [...] ist doch, daß die RAF so tut, als seien einzelne Funktionsträger des kapitalistischen Apparates das Problem und ursächlich verantwortlich [...]." (S. 1, Sp. III).

Ohne die gegenwärtige Situation in der BRD mit der in El Salvador gleichzusetzen, wollen wir in diesem Zusammenhang auf folgendes hinweisen: Auch jeder Soldat, den die salvadorianische Guerilla erschießt, ist (viel leichter!) "ersetzbar" und (viel weniger!) "nicht ursächlich verantwortlich" (als Neusel oder Rohwedder!) - und trotzdem würde Hanna Cash dieses Argument nie gegen die FMLN bringen.
Die RAF selbst hat dazu schon 1971 in "Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa" geschrieben:

> "So hält sich durch Jahrzehnte das kolossale Mißverständnis, daß sich der leninsche Begriff vom 'individuellen Terror' auf Strafaktionen gegen einzelne Funktionäre des Unterdrückungsapparates beziehe, daß das Adjektiv 'individuell' auf das *Objekt* eines Angriffs ziele. (...). Die Logik ihrer Argumente läuft aber darauf hinaus, daß man gefälligst nicht Einzelne, Individuen, sondern Massen zu terrorisieren habe. (...). **Wenn Lenin mit überzeugenden Argumenten den 'individuellen Terror' kritisiert, so bezog sich das Adjektiv 'individuell' nicht auf das *Objekt* des Angriffs, sondern auf das *Subjekt* (des Angriffs = die Revolutionären, Erg. d. Verf.). Die Kritik zielte auf den von den Massen und den revolutionären Organisationen des Proletariats isolierten und dadurch vereinzelten Kämpfer, der jedenfalls *objektiv* lediglich seinen individuellen Haß gegen das volksfeindliche System Ausdruck gab, aber nicht den revolutionären Kampf der proletarischen Massen führte.**" (3).

Mindestens auf diesem Level muß die doch wohl auch von Hanna Cash gewollte Diskussion über eine Neubestimmung revolutionärer, antiimperialistischer Politik beginnen.
Ausgehen müßte die Diskussion also von der Feststellung, daß die RAF mit ihrer Politik gemessen an ihren eigenen ursprünglichen Kriterien gescheitert ist. Denn die RAF ist von den "Massen" isoliert und revolutionäre Organisationen des Proletariats sind kaum auszumachen; die RAF - gibt wie alle heutigen RevolutionärInnen - nur ihrem individuellen Haß Ausdruck.
Die Massenferne der revolutionären Linken ist dabei keine Frage der 'politischen Vermittelbarkeit' (so aber Hanna Cash). Denn schon die - manchmal realisierbare - Notwendigkeit, eine Aktion "politisch zu vermitteln" (S. 1, Sp. III), verweist darauf, daß in der Sache bereits der Wurm d'rin ist, daß sich die Aktion nicht organisch aus der jeweiligen politischen Situation ergibt.
Dies muß aber nicht bedeuten, den bewaffneten Kampf in der jetzigen Situation gänzlich abzulehnen, sondern ihn in seiner Funktion realistisch zu bestimmen und in seiner konkreten Ausgestaltung evtl. zu verändern. Die RAF ist dann nicht (mehr) als - vermeintliche! - revolutionäre Avantgarde, sondern als ein

Mosaikstein im Bild relativ vereinzelter und unkoordinierter - teils militanter, teils nicht militanter - Widerstandsformen zu sehen (das, was wir weiter unten vorschlagen ist allerdings schon etwas mehr als unkoordiniertes Nebeneinander). Überlegungen in diese Richtung deuten der Rohwedder-Angriff (Bezug auf soziale Konflikte in der BRD selbst) und die diesbzgl. Erklärung der RAF (Auseinandersetzung mit anderen Kämpfen der Linken) an. Eine RAF, die sich etwas zurücknimmt, die sich stärker auf reale Auseinandersetzungen bezieht etc., wäre so sogar etwas mehr als zuvor revolutionäre Avantgarde. Die RAF muß diesen Worten nun aber auch Taten folgen lassen - nicht unbedingt in dem Sinne, daß sie ihren bewaffneten Kampf auf militärisch niedrigerem Niveau ausweitet, sondern v.a. daß sie sich an Diskussionen der revolutionären Linken unterhalb des Levels der Guerillapolitik beteiligt. Mit einer solchen Perspektive ist allerdings das Problem verbunden, daß die anderen Teile der Rest-Linken kaum mehr Massenverankerung als die RAF haben und gemessen an dem Ziel einer revolutionären Umwälzung auch nicht erfolgreicher als die RAF sind (s. dazu genauer weiter unten).

Der Geiselstatus der Gefangenen und die Verselbständigung des Repressionsapparates

Hanna Cash geht davon aus, daß sich der Staat an den Gefangenen für Anschläge der RAF rächt (S. 1, Sp. II f.). Sie fordert daher:

> "Die RAF sollte (...) mit diesen politisch sinnlosen und irreführenden, den Staat aber gleichzeitig aufs Schärfste herausfordernden, Hinrichtungsaktionen aufhören." (S. 2, Sp. I).

Wir haben dagegen mehrere - teils immanente, teils grundsätzliche - Einwände:
1. Eine alleinige Fixierung auf ihre Gefangenen würde jeder revolutionären Bewegung/Gruppe das Rückgrat brechen, da der Repressionsapparat mindestens parallel zur Stärke der praktizierten revolutionären Politik wächst und aus seinem Selbsterhaltungstrieb heraus wachsen muß. Die Gefahr bzw. die Tatsache der Folterungen bis zu Vernichtungsstrategien gegen die revolutionären Gefangenen können nur in Analyse der jeweiligen momentanen Machtverhältnisse und den Ergebnissen der Bewegung draußen beurteilt und gegebenenfalls verändert werden. Und hier ist mit Bewegung (wenn denn überhaupt angesichts der desolaten Lage der Linken von Bewegung gesprochen werden kann) nicht eine einzelne Gruppe, wie hier die RAF, gemeint, sondern dies betrifft alle GenossInnen, die eine revolutionäre Politik betreiben.

Entscheidend für die aktuellen Verschärfungen, ist zuallererst, daß die Gefangenen auch nach jahrelanger Isolationshaft immer noch ungebrochen sind. Der Staat setzte seine letzten Hoffnungen, ihren Willen zu zerstören, auf den Zusammenbruch der sozialistischen Länder und die VerräterInnenaussagen der meisten in der ehemaligen DDR untergetauchten früheren GenossInnen. Diese zeigte jedoch keine Wirkung.
Es wäre also fatal, sich - wie Hanna Cash dies tut - einer Logik anzuschließen, die darauf hinausläuft, der Staat brauche ausgerechnet Attentate der RAF, um seine Repressionspolitik zu legitimieren. **Der Bundesgerichtshof hat die Haftbedingungen der Gefangenen urteils-untypisch offen politisch begründet:**

> **"Die Bf. (Beschwerdeführer, d. Verf.) gehören einer zahlenmäßig verschwindend geringen Gruppe (...) an, die es (...) für unerläßlich hält, den gewiß in mancherlei Hinsicht verbesserungsbedürftigen Zustand der Gesellschaft (...) nicht mit dem demokratischen Mittel der Überzeugung der Wähler, sondern gegen deren Willen unter Anwendung rücksichtsloser Waffengewalt zu verändern. Ihr (...) Bild von den gesellschaftlichen Verhältnissen und von den tatsächlichen Möglichkeiten, auf sie einzuwirken, verführt sie zu einer fanatischen Verfolgung ihrer Ziele auch aus der Untersuchungshaft heraus. Sie verstehen sich als gefangene Mitglieder einer bewaffneten Gruppe (...), die den bestehenden Staat mit allen Mitteln bekämpft, (...)."**(4)

Zieht mensch von der BGH-Argumentation die mitschwingende, aber nie bewiesene These von der Zellensteuerung der Anschläge draußen ab, bleibt der reale Grund für die Haftbedingungen übrig: Er besteht nicht in den Anschlagsaktivitäten der RAF, sondern in der Gesinnung der Gefangenen selbst.
2. Weitere Gründe für den Ausbau des sog. Sicherheitsapparates und die Verschärfung der Situation in den Knästen, und hier sind auch die sozialen Gefangenen eingeschlossen haben ihren Ursprung in der ***präventiven*** Weiterentwicklung der Konzepte zur inneren Sicherheit. Die Weiterentwicklung der Konzepte zur inneren Sicherheit resultieren aus zukünftig möglichen bzw. momentanen inneren Krisen (5) und sind für den/die BürgerIn nicht unmittelbar spürbar, können aber gegen die Linke bzw. Teile derselben schon ausprobiert werden. Diese Konzepte, zu denen ja die sogenannte Terrorismusbekämpfung und die Haftbedingungen der politischen Gefangenen gehören, sind keine Ergebnisse von Hysterie, sondern durchaus geeignet oppositionelle Politik zu bekämpfen. Die Haftbedingungen und der § 129a dienen auch dazu, Diskussionen über militanten Widerstand zu verhindern und zu unterdrücken, und sind so im Sinne des Staates genau die richtige Politik. Daher reproduzieren sich im Kampf um Zusammenlegung oder Freilassung der Gefangenen die grundsätzlichen Schwierigkeiten revolutionärer Politik.

Solange wir uns gegen die Herrschenden wehren, werden auch sie sich gegen uns wehren.

3. Es gibt aber keine lineare Anpassung des Handelns des sog. Sicherheitsapparates an dem, was draußen passiert, denn dann wäre die Gefahr für die Gefangenen (hier ist der gesamte militante Widerstand gemeint) nach den meisten erfolgreichen Sachbeschädigungsanschlägen viel größer. Denn diese sind für den Staat und das Kapital hier wesentlich verlustreicher (Störung des 'geordneten' [Produktions]ablaufs, Vernichtung von Forschungsergbnissen etc.) als getötete Führungskräfte, die in aller Regel ohne Verluste ausgewechselt werden können. Ausnahmen bilden z.B. Personen wie Alfred Herrhausen, einer der brillantesten StrategInnen des Kapitals. Für die Repressionsstrategie kann und wird das, was draußen im Moment passiert, also nur propagandistisch genutzt.

Dies liegt an der auch existierende Verselbständigung des Repressionsapparates. Diese hat ihre Ursache in der - hier stärker als bei anderen Staatsapparaten bestehenden - relativen Trennung des Apparates vom Kapital. So können aus dem Partialinteresse des Sicherheitsapparates bzw. Teilen von ihm Forderungen und Praktiken entstehen, die dem Interesse an Aufrechterhaltung der herrschenden Verhältnisse, politisch (Legitimation) und ökonomisch (Geldverschwendung) Schaden. So forderte der Präsident des bayerischen Landeskriminalamtes, Heinz Lenhard, als Ausgleichsmaßnahmen zur Öffnung der Außengrenzen der BRD zu anderen europäischen Staaten u.a. die Einführung von Fahndungstagen, verdeckten Abfragestellen auf den Bundesautobahnen, verstärkte polizeiliche Beobachtung und Vervielfachung der ereignisunabhängigen Kontrollstellen(6).

Dieser Mechanismus stellt für die Gefangenen eine nicht zu vernachlässigende Bedrohung dar. Diese spitzt sich gerade auch jetzt zu, da Teile des Sicherheitsapparates, das Problem der Gefangenen gerne in ihrem Sinne lösen würden: Sie wollen deren sofortige Vernichtung durchsetzen.

4. Doch selbst wenn wir in der Logik Hanna Cashs (die Anschläge schadeten den Gefangenen) dächten, ist ihre Feststellung "kein politischer Erfolg, sondern (...) gelungene Erpressung" (Seite 2, Sp. II) keinesfalls ein Argument für ihre Position. Vielmehr bedeutet dies, die Attentate wirken sich für die Gefangenen real doch günstig aus.

5. Infragezustellen ist außerdem zusätzlich, ob und in welcher Form es möglich ist, sich für die bzw. statt der Gefangenen zu äußern, wenn es um die Nützlichkeit der Attentate für ihre Situation geht. Andernfalls handelt es sich weitgehend um sozialarbeiterInnenische Politik, wenngleich deutlich gemacht werden muß, wie "draußen" die realen Kräfteverhältnisse, mit denen die Gefangenen rechnen können, nach eigener Überzeugung aussehen.

Lochte gut - Bundesregierung schlecht?

Die Argumentation von Hanna Cash zu dem Zusammenlegungsvorschlag von Lochte und das "Verhandlungsangebot" der Bundesregierung läuft auf folgende These hinaus: Lochte gut, Bundesregierung schlecht!

Bei dieser Bewertung bleibt außer Acht, worauf Hanna Cash selbst hinweist:

> "Beiden Initiativen gemeinsam ist das Motiv, daß die Attentate, gegen die es keinen Schutz gibt, aufhören." (S. 2, Sp. II).

Hanna Cash beschreibt selbst sehr genau, welche Anhaltspunkte es gibt, daß das Kalkül von Lochte aufgeht (ebd.). Dagegen hat sie nur Voluntarismus und Subjektivismus zubieten:

> "So einfach kann doch keine Gruppe gespalten werden, die sich nicht spalten lassen **will**!" (S. 4, Sp. II - Hervorh. d. Verf.).

Gleichzeitig kann die Frage, die Hanna Cash zu dem Vorschlag der Bundesregierung stellt, mit gleichem Recht zu dem Lochte-Vorschlag gestellt werden:

> "Wer soll garantieren, daß die Bundesregierung ihre Zusagen die Gefangenen betreffend einhält? (...) Beim ersten Mucks, beim ersten Widerstand der Gefangenen gegen das Knastregime werden sie wieder in der Isolation verschwinden, (...)." (S. 2, Sp. II).

Mit Recht weist Hanna Cash in diesem Zusammenhang auf die generelle Fragwürdigkeit der Zusammenlegungsforderung hin. Dies hat aber nur dann einen politisch nützlichen Effekt, wenn mit diesem Einwand nicht gegen das "Verhandlungsangebot" der Bundesregierung und für den Lochte-Vorschlag argumentiert wird, sondern wenn die Zusammenlegungsforderung durch die Forderung nach sofortiger Freilassung ersetzt wird.

Wichtig finden wir dagegen den Hinweis, daß - in Anbetracht der unterschiedlichen gesellschaftlichen Verankerung der Guerilla - etwaige Verhandlungen zwischen BRD und RAF nicht genauso zu betrachten/bewerten wären, wie Regierungsverhandlungen mit ETA und IRA. Doch was folgt daraus? Soll die RAF Verhandlungen aufgrund ihrer Schwäche ablehnen?

Stellen wir nun die These "Bundesregierung gut - Lochte schlecht!" auf? Nein! Wir haben folgenden Vorschlag:

1. Wir sollten unsere Forderung in Zukunft auf eine Freilassung der politischen Gefangenen orientieren, weil nur so ein (zumindest relativ) sicherer

Schutz der jetzigen Gefangenen zu gewährleisten ist. Eine Zusammenlegung verhält sich zur Freilassung der Gefangenen nicht als **rein (quantitative)** Teilmenge. (Uns ist allerdings klar, daß die Existenzbedingungen der Gefangenen durch eine Zusammenlegung wesentlich verbessert wären. Auch bestände durch die so entstehenden Diskussionsmöglichkeiten die Chance einer intensiveren Teilnahme an Auseinandersetzungen der Linken, sei es über die Freilassung der Gefangenen oder die allgemeine revolutionäre Strategie.) Trotzdem ist festzuhalten, daß sich Freilassungs- und Zusammenlegungsforderung *qualitativ* unterscheiden. Jede Zusammenlegungsforderung (auch die, die mit der Notwendigkeit einer politischen Diskussion mit den Gefangenen begründet wird) ist eine juristisch-humanistische Forderung: Folterverbot (Art. 104 I 2 GG), Meinungsäußerungs- und Informationsfreiheit, Zensurverbot (Art. 5 I GG) etc. Sie klagt nur das ein, was bereits von Rechts wegen vorgeschrieben ist (humane Haftbedingungen und freie politische Kommunikation). Dagegen gibt es für eine Freilassung der Gefangenen zwar auch juristische Formen (Amnestie, Begnadigung etc.), diese sind aber keine zwingenden Rechtsnormen. Diese juristischen Regelungen lassen vielmehr verschiedene Möglichkeiten zu, die (legal) genutzt werden können - oder auch nicht! Hier wird also nicht nur die Rechtsordnung umgesetzt, sondern ein Spielraum, den die Rechtsordnung lässt, im politischen Kampf realisiert. Der politische Charakter / Erfolg wird also bei einer durchgesetzten Freilassung qualitativ anders deutlich als bei einer durchgesetzten Zusammenlegung.
Dies gilt auch für die Bündnispolitik: Wenn wir in Bündnissen nicht die Freilassungsforderung vertreten, haben sich die Bündnisse bei einer etwaigen Zusammenlegung zunächst erschöpft; es gibt dann keinen Punkt an dem gemeinsam weiter diskutiert und ggf. weiter gearbeitet werden kann.
Genauso haben Bündnisse keine revolutionäre Perspektive, wenn ein Kampf von einem großen Teil nur um sog. Menschenrechte geführt wird. In einem solchen Fall wäre eine weitere Zusammenarbeit mit diesem Teil maximal bei anderen Menschenrechtsfragen möglich, die spätestens dann endet, wenn die geforderten Menschenrechte nicht mehr durchgesetzt werden können. Und dies wird sehr schnell geschehen: Die wenigsten der sog. Menschenrechte können, selbst wenn sie sich aus dem bestehenden Juristischen begründen ließen, innerhalb der hier herrschenden Verhältnisse erkämpft werden. Zum Teil sind sie auch nicht innerhalb des Sozialismus einlösbar (Was ist mit der "Menschenwürde" und der "freien Entfaltung der Persönlichkeit" des/r hingerichteten Konterrevolutionärs/in?). Das Orientieren auf Menschenrechte ist reformistisch (s. dazu unten unsere Kritik an Hanna Cash Vermenschenrechtlichung des Sozialismus).
Die Zusammenarbeit in Bündnissen kann für uns deshalb nur heißen

a. konkrete Forderungen durchzusetzen und
b. alle Möglichkeiten inner- und außerhalb der Bündnisse zu nutzen, um reformistische Positionen zu kritisieren, als solche kenntlich zu machen und so aus Bündnissen eine Perspektive für revolutionäre Veränderungen zu erreichen.
2. Auch wenn wir es für richtiger halten, in Zukunft die Forderung nach Freilassung der Gefangenen zu erheben, sollte eine etwaiges Angebot zur bedingungslosen Zusammenlegung der Gefangenen, selbstverständlich angenommen werden. Außerdem sollte auch weiterhin im Rahmen von Bündnispolitik mit VertreterInnen der Zusammenlegungsforderung zusammengearbeitet werden.
3. Unseren dritten Vorschlag können wir nur mit Vorbehalten machen:
a) Hanna Cash geht ohne nähere Begründung davon aus, daß es das von der "taz" (13., 14. und 15.12.1990) behauptete und von der Bundesregierung dementierte Verhandlungsangebot der BRD an die RAF tatsächlich gibt. Wir sind uns da nicht so sicher wie Hanna Cash. Sollte des dieses Angebot tatsächlich geben, wäre darauf aber u.E. anders zu reagieren als von Hanna Cash vorgeschlagen.
b) Unseren Kampagnen-Vorschlag zur Freilassung der Gefangenen halten wir unabhängig vom Bestehen oder Nichtbestehen eines solchen Verhandlungsangebotes für richtig. Aber auch dieser Vorschlag ist mit einem starken Unsicherheitsfaktor belastet: Wir haben keine realistische Einschätzung des inneren politischen und militärischen Zustandes der RAF. Auch wenn wir - wie schon erwähnt - einige Hoffnungen aus der Rohwedder-Erklärung schöpfen, wissen wir trotzdem nicht, ob und wenn ja, inwieweit, unserer Vorschlag an gegenwärtigen politischen Intentionen und militärischen Möglichkeiten der RAF entspricht. Uns geht es allerdings so, daß wir das, was wir im folgenden vorschlagen, schon fast für das Minimum dessen halten, was notwendig ist. Sollte bereits dieser Vorschlag den politischen Willen und/oder die militärischen Möglichkeiten der RAF überfordern, stellt sich die Frage, ob die GenossInnen aus der RAF ihre Zeit und Arbeitskraft nicht effektiver für den revolutionären Prozeß einsetzen können, als alle Jubeljahre mal einen Funktionsträger des Kapitals umzulegen.
Aber nun zurück zu unserem Vorschlag:
Verhandlungen der RAF mit der BRD wären in unseren Augen dann sinnvoll, wenn sie seitens der BRD nicht mit Vorbedingungen (Kapitulationsbereitschaft der RAF) verknüpft sind und eine ausdrückliche öffentliche politische Anerkennung der RAF beinhalten. Die Verhandlungen wären öffentlich zu führen oder zumindest anschließend öffentlich zu machen. Die RAF wäre so entschieden schwieriger als "kriminell" oder "psychotisch" zu denunzieren.
Klar ist, daß beim gegenwärtigen Kräfteverhältnis hier - anders als in verschiedenen lateinamerikanischen Staaten - Verhandlungen über Machtübergabe

oder Machtteilung nicht in Betracht kommen. Was wir uns aber vorstellen können ist folgendes: Die RAF reagiert auf das sog. "Verhandlungsangebot" der BRD mit Gesprächsbereitschaft und verbindet diese (auch als Zeichen dafür, daß sie nicht über ihre Kapitulation verhandelt) mit einer politischen Kampagne und militärischen Offensive neuer Qualität gemeinsam mit anderen militanten Gruppen gegen den Justizapparat für die Freilassung der Gefangenen. Die RAF müßte sich aber als Teil einer solchen Kampagne verstehen und deutlich machen, daß sie andere (militante und nicht-militante) Strömungen der Linken als gleichberechtigt anerkennt. Erforderlich wäre dann, daß wir unsere Öffentlichkeitsarbeit gerade auch unter obigen bündnispolitischen Grundsätzen verstärken. Die notwendige politische Eingebundenheit und den eigenen Bezug zur Öffentlichkeitsarbeit, also den Willen zur politischen Teilnahme in den Bündnissen, müßte die RAF dann durch (logischerweise: schriftlich) Diskussionsbeiträge zeigen. Das bedeutet dann umgekehrt, daß auch die politische Verantwortung der sonstigen Linken für den Erfolg einer solchen Kampagne steigt. Nur so können wir uns eine reale Druckentfaltung vorstellen, die wesentlich stärker als das wäre, was bisher zur Unterstützung der Gefangenen während und außerhalb der Hungerstreiks erreicht wurde. (Im Rahmen einer solchen Kampagne wären auch die Hungerstreiks in ihrer politischen Funktion genauer als bisher zu bestimmen. Bisher sind die Hungerstreiks auch für die meisten RevolutionärInnen [und nicht nur für das humanistische Spektrum] das Signal dafür, daß sich überhaupt etwas im Kampf für die Gefangenen tut. Ein stärkerer realer Druck draußen würde es den Gefangenen erlauben, das für sie gefährliche Mittel eines Hungerstreiks vorsichtiger einzusetzen.) Auf einer etwaigen Verhandlungsebene mit der BRD könnte diese - vorher und parallel notwendige - Druckentfaltung für ein Angebot genutzt werden, die Angriffe speziell auf die Justiz einzustellen, wenn die Gefangenen freigelassen werden.

Ein solches Vorgehen könnte dann schrittweise auf andere Felder der politischen Auseinandersetzung ausgedehnt werden. Erforderlich wären dafür jeweils Übergangsforderungen, die sich im Spannungsfeld von nicht revolutionärer Situation und nicht reformistischer Politik bewegen. Wir sind in der jetzigen Situation auf die punktuelle Unterstützung unserer Forderungen durch ReformistInnen angewiesen; d.h., daß wir ihre abweichende Begründung zwar nicht übernehmen, auch nicht unkritisiert lassen, aber akzeptieren müssen. D.h. aber nicht, daß wir uns als RevolutionärInnen

> "auf die Durchsetzung systemimmanenter Entwicklungsvarianten (...) verpflichten. (...) Worauf es ankommt ist vielmehr die Fähigkeit zum Aufbau von Strukturen einer möglichst dichten, effektiven und kontinuierlichen antikapitalistischen Überzeugungsarbeit in Anknüpfung an die realen gesellschaftlichen Mißstände und Konflikte, die es in ihrem systembedingten Charakter - als Voraussetzung für die Entfaltung stabiler 'praktisch-kritischer' Bewußtseins- und Handlungsformen - zu erhellen gilt."(7)

Wider die Vermenschenrechtlichung des Sozialismus

Hanna Cashs Kritik an dem Identitätsbegriff der AntiimperialistInnen (S. 3) können wir wiederum weitgehend zustimmen. Umso weniger können wir ihre Perspektive der Vermenschenrechtlichung des Sozialismus (S. 4) teilen.
Hanna Cash verweist selbst darauf, was an ihrer Perspektive alles d'ran hängt:

> "Was 'darf' eine Diktatur des Proletariats?, bis dahin, ob und unter welchen Voraussetzungen eine solche Diktatur überhaupt zulässig ist. Fragen wie: Wer ist heute eigentlich das Proletariat / der 'Maßstab' / das revolutionäre Subjekt? (...) Da steckt die ganze 'Stalinismus'-Debatte drin; die Fragen, was wir - die revolutionäre Linke - für ein Menschenbild(8) haben; Fragen der Ethik und Moral." (S. 4, Sp. III)

Aber zu den meisten dieser Probleme (Stalinismus, Diktatur des Proletariats etc.) findet sich bei ihr kein konkretes Wort, so daß sie ihre Position insoweit einer rationalen Kritik entzogen hat. Wir können uns deshalb hier auch nur auf ihre allgemeinen Ausführungen über das Verhältnis von Sozialismus und Menschenrechten beziehen. Hanna Cash schreibt:

> "Das Ernstnehmen von Menschenrechten, von individuellen Freiheitsrechten wird in Zukunft ein Prüfstein für den Erfolg jeder revolutionären Politik sein. (...). Eine Verständigung über Ethik erscheint auch deshalb notwendig, weil es mit der Diskreditierung des Marxismus zur Zeit an emanzipativen Weltanschauungen fehlt." (S. 4, Sp. IV - Hervorh. d. Verf.).

Diese Überlegung ist nun durchaus nicht neu. Schon 1886 schlug der Wiener Soziologe und Rechtsphilosoph Anton Menger zur Verbesserung der "praktischen" Durchschlagskraft dessen, was er unter "wissenschaftlichen Sozialismus" verstand, vor,

> "die sozialistischen Ideen in nüchterne Rechtsbegriffe (zu) verwandel(n)". Die "juristische Bearbeitung des Sozialismus" erklärte er zur "wichtigsten Aufgabe der Rechtsphilosophie unserer Zeit". Hinderlich dafür seien die "endlosen volkswirtschaftlichen (...) Erörterungen" und "nationalökonomischen Verklärungen" des Sozialismus durch Marx und Engels. (9).

Am Ende seines Werkes mußte allerdings schon Menger zugeben, daß seine "sozialistischen Grundrechte" nicht die Entwicklung der Geschichte bestimmen,

sondern von dieser bestimmt werden. (10). Karl Kautsky und Friedrich Engels fragen daher in ihrer Schrift "Juristen-Sozialismus":

> "(...) wozu dann diese Mühe, den ganzen Sozialismus auf die Grundrechte zu reduzieren? Wozu den Sozialismus seiner ökonomischen und historischen 'Verbrämungen' entkleiden, wenn wir hinterdrein erfahren müssen, daß die 'Verbrämungen' seinen wirklichen Inhalt ausmachen?" (11).

Den Idealismus dieses "Juristen-Sozialismus" kritisieren Engels und Kautsky so:

> "Die ersten proletarischen Parteibildungen blieben durchaus auf dem juristischen 'Rechtsboden', nur daß sie sich einen *anderen* Rechtsboden zusammenkonstruierten, als der der Bourgeoisie war. (... Diese) Anschauungen abstrahierten von dem geschichtlichen Hintergrund, dem sie ihr Dasein verdanken, (sie) appellierten (...) an das Rechtsgefühl (...). (Sie) kleideten ihre Forderungen in die Form *frommer Wünsche*, **von denen nicht zu sagen war, weshalb sie gerade jetzt durchgeführt werden sollten und nicht tausend Jahre früher oder später**."(12).

Damit ist selbstverständlich nicht bestritten, daß eine sozialistische Bewegung/Partei auch Rechtsforderungen aufstellen muß bzw. den bürgerlichen Staat (bspw. hinsichtlich der Rechte von Gefangenen) "beim Wort zu nehmen" hat. Dabei sind aber mehrere Aspekte wichtig:

-- ein sozialistisches Programm ist keine "neue Rechtsphilosophie" (13).

-- die Rechtsforderungen müssen sich aus der "konkreten Analyse der konkreten Situation" (Lenin) ergeben. Sie können deshalb zeitlich und örtlich variieren.

-- entsprechend sind die Rechtsforderungen nicht juristisch (aus dem Grundgesetz oder "den Menschenrechten") "abzuleiten", sondern politisch zu begründen. Und was sind eigentlich "die Menschenrechte"? Das Recht auf Eigentum (Art. 14 I GG)? Die Agitationsfreiheit für die Kirche (Art. 4 I, II; 140 GG)? Der Schutz von Ehe und Familie (Art. 6 GG)?

> "Muß man schließlich daran erinnern, (...) daß bürgerliche Kritik des Sozialismus immer eine juristische Kritik ist? Denn, was im Sozialismus 'verletzt' wird, sind die juristischen definierten Freiheiten und juristisch definierte Gleichheit. (...). Der 'Entwurf (einer Freiheitscharta der KPF, d. Verf.) begibt sich also auf den Weg des bürgerlichen Rechts, (...) ob es um die juristische Definition des Unternehmens geht, die hinter dem 'Recht auf Arbeit' das Recht auf Kapital bestehen läßt; (...)." (14).

-- es kommt nicht darauf an, neues Spielmaterial für die herrschende Abwägungsmethodik (Demokratie contra Rechtsstaat, Recht contra Gesetz, Eigentumsgarantie contra Sozialstaat, kurz: "Verhältnismäßigkeitsprinzip") zu produzieren, sondern um konkrete Gestaltungs- / Eingriffsmöglichkeiten / Kampfpositionen ("Initiative und Selbsttätigkeit") für die ArbeiterInnenklasse, Frauen und rassistisch Unterdrückten und deren politischen Bewegungen und Organisationen zu kämpfen (15).

-- dieser Kampf um Rechtsforderungen ist nicht juristisch, sondern politisch zu führen. Bereits errungene Rechtsforderungen können dann allerdings auch vor Gericht juristisch verteidigt werden.

-- und - last but not least - beschränkt sich revolutionäre Politik nicht auf das Aufstellen von Rechtsforderungen.

Kurz: RevolutionärInnen müssen nicht nur andere Rechtsforderungen aufstellen, sondern sie müssen dies auch anders als die Bourgeoisie machen. Brecht sagte:

> "Lenin sprach nicht nur anderes als Bismarck, sondern er sprach auch anders." (16).

Hanna Cash bestimmt ihre Rechtsforderungen aber nicht nach der Analyse der tatsächlichen Verhältnisse, sondern ihre (Menschen)rechts-Philosophie ist die Grundlage ihrer Auseinandersetzung mit den tatsächlichen Verhältnissen:

> "Ein Schlüsselbegriff für solche Normsetzungen könnte die Behauptung des uneingeschränkten Rechts auf Existenz für jeden Menschen sein. Darin lassen sich fast alle aktuellen Themen aufschlüsseln. (...) Die Liste ließe sich endlos fortsetzen." (S. 4, Sp. IV).

Damit schlägt sie der Linken in der Defensive vor, wieder einmal das - notwendigerweise bürgerliche - Recht zum "sowohl Theorie- als auch (...) Politikersatz"(17) zu machen. Und bürgerlich ist (auch in der sozialistisch orientierten Übergangsgesellschaft) jedes Recht. Denn es geht vom Prinzip der formalen Gleichheit aus. Recht abstrahiert von den realen (Klassen)unterschieden und ist gerade deshalb notwendig, weil es diese realen Unterschiede gibt. Zur vollen Entfaltung gelangte das Recht erst mit der Schaffung des "doppelt freien Lohnarbeiters" (Marx). (Einen Fortschritt stellt das voll entfaltete bürgerliche Recht [mit "freien und gleichen" Rechtspersonen als Ausgangspunkt] insofern dar, als es mit Sklaverei, Leibeigenschaft etc. unvereinbar ist.)

> **"Die Freiheit des Individuums ist ein Aspekt des komplexen Phänomens des Liberalismus. Eine realistische Kritik definiert sie als juristische Grundlage der kapitalistischen Zivilisation. (Ohne freie Gerichtsverhandlung gäbe es keinen freien Handel, keine freie Konkurrenz und keine freie Industrie.) Eine idealistische Kritik kann sie als eine Errungenschaft des menschlichen Geistes in der modernen Zeit bezeichnen."**

José Carlos Mariátegui(18)

Daran zeigt sich, daß Hanna Cash u.a. im politischen Kampf einer juristischen Fiktion, die als solche einen begrenzten historischen Sinn hat, nachjagen.
Welche absurde Blüten das Verwechseln von Juristerei und Politik, die zwar die gleiche Grundlage haben, aber in Inhalt und Form zu unterscheiden sind, treibt, zeigt sich, wenn der DGB von einer "Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit" spricht (19): Eine solche (als Ergänzung der formalen Gleichheit von Rechtspersonen durch eine reale Gleichheit von Klassen gedachte) "Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit" ist aber nicht möglich. Die Existenz des Kapitalverhältnisses impliziert gerade die reale Ungleichheit der Klassen (sonst wären es keine!). Sie sind mit der Methode des Rechts nicht aufzuheben.
Der DGB und Hanna Cash kämpfen nicht mehr mit den "Mitteln des Bestehenden" gegen das Bestehende, sondern befestigen das Bestehende in Form seiner juristischen Illusion.
Was fehlt, sind also nicht "die Menschenrechte" im Sozialismus, sondern eine

> "Strategie, die angeben (kann, d. Verf.), wie die Perspektive zur Änderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse unter den konkreten gesellschaftlichen Bedingungen durchgesetzt werden" kann (20).

Die Perspektive revolutionärer Politik...

Die Perspektive einer revolutionären Politik darf sich nicht am ideologischen Schein der bürgerlichen Gesellschaft messen. Aber auf genau dieser Grundlage argumentiert Hanna Cash. In diesem Sinne ist sie nicht in der Lage, die objektiven Verhältnisse als Ausgangspunkt einer Analyse politischer Zielsetzungen und damit des revolutionären Kampfes zu fassen, und bleibt so auf der Ebene der Immanenz stehen. Dieser Zugang verstellt ihr sowohl die Möglichkeit einer realistischen Einschätzung der politischen Prozesse als auch die der Negation bürgerlicher Werte.
Der real existierende Sozialismus bricht nicht deshalb zusammen, weil ihm die moralische Substanz fehlte und in ihm zuviel gelogen wurde. Lag es nicht vielleicht - streng marxistisch - an seiner mangelnden Fähigkeit zur Entwicklung der Produktivkräfte (was natürlich auch etwas mit den Überbaustrukturen des real existierenden Sozialismus zu tun hatte)?
Würden Lügen zum gesellschaftlichen Zusammenbruch führen, dann bestünde keine Notwendigkeit revolutionärer Politik mehr, da sich damit auch der Kapitalismus von selbst erledigt hätte(21)
Ebenso falsch ist die Annahme, die Glaubwürdigkeit der ProtagonistInnen revolutionärer Entwicklungen sei Maßstab für die Chancen des Prozesses. Revolutionäre Prozesse- und darunter ist auch der real existierende Sozialismus zu begreifen, bedürfen objektiver Verhältnisse, die sie erst ermöglichen.
Diese objektiven Verhältnisse sind jedoch keine unabhängigen Variablen. Sie sind, da im Kapitalismus der grundsätzliche Antagonismus die Potenz seiner eigenen Überwindung birgt, politisch, das heißt in der Zuspitzung des Klassenkampfes, zu verändern. In diesem Prozeß bedarf es revolutionärer ProtagonistInnen, diese aber müssen von den Massen im Verlauf des Kampfes getragen werden und in ihnen aufgehen. Somit stellt sich die Frage ihrer Glaubwürdigkeit nicht mehr. Nur unter den Bedingungen der organisch verankerten Politik, die sich im Prozeß beweisen muß, ist Politik revolutionär.

> **"(...) Revolutionäre, die es nicht verstehen, die illegalen Kampfformen mit allen legalen zu verknüpfen sind sehr schlechte Revolutionäre. Es ist nicht schwer, dann ein Revolutionär zu sein, wenn die Revolution bereits ausgebrochen (...) ist, (...). Viel schwerer - und viel wertvoller - ist, daß man es versteht, ein Revolutionär zu sein, wenn die Bedingungen für einen direkten, offenen, wirklich von den Massen getragenen, wirklich revolutionären Kampf noch nicht vorhandenen sind, daß man es versteht, die Interessen der Revolution (propagandistisch, agitatorisch, organisatorisch) (...) in einer nicht revolutionären Situation, unter einer Masse zu verfechten, die unfähig ist, die Notwendigkeit revolutionärer Methoden des Handelns sofort zu begreifen. Die Fähigkeit, den konkreten Weg oder den besonderen Wendepunkt der Ereignisse, der die Massen an den wirklichen, entscheidenden, letzten, großen revolutionären Kampf heranführt, herauszufinden, herauszufühlen, richtig zu bestimmen - das ist die heutige Hauptaufgabe des heutigen Kommunismus in Westeuropa und Amerika."**(22).

Dabei ist die politische Situation in den imperialistischen Metropolen im Gegensatz zur Situation im vorrevolutionären Rußland gekennzeichnet von

> 1. der vollen "Herausbildung einer Arbeiteraristokratie und -bürokratie als sozialer Stütze des Opportunismus"

und

> 2. der "Existenz eines differenzierten, vielgestaltig gegliederten Systems von Überbauten, die der historischen Subjektwerdung der Volksmassen massiv entgegenwirken."(23)

Entgegen dem neoreformistischen Diskurs über den Wert der zivilgesellschaftlichen Errungenschaften in PDS und GRÜNEN, sind diese Überbauten Bestandteil der zu überwindenen Verhältnisse. (Das schließt nicht aus, daß auch eine sozialistische Gesellschaft zivilgesellschaftliche Verteidigungsanlagen benötigt. Dies können aber nicht die der bürgerlichen Gesellschaft, sondern müssen andere sein.)

Daraus ergibt sich als zentrale Aufgabe für uns RevolutionärInnen die Durchbrechung des Konsenses zwischen den hier herrschenden und dem Großteil der Beherrschten. Hierbei ist eine Revision des Marxismus erforderlich, die das komplexe Ineinandergreifen von klassistischer, patriarchaler und rassistischer Herrschaft erkennt und entsprechend komplexe Befreiungsstrategien entwickelt.
Des weiteren ist in doppelter Abgrenzung zu Stalinismus und Neoreformismus eine Auseinandersetzung mit den sog. "globalen Problemen", dem Zusammenbruch des "real existierenden Sozialismus" und dem Prozeß der Neuzusammensetzung der ArbeiterInnenklasse(24) notwendig. Zentrale Aufgabe ist eine genauere Analyse des Räderwerks zwischen Basis und Überbau und der Entwicklung des Bewußtseins der hier Beherrschten.
Die wissenschaftlichen Erkenntnisse in der revolutionären Überzeugungsarbeit sind so aufzuarbeiten, daß sie

> "sich im praktischen Lebensvollzug als Orientierungsmittel bewähren"(25).

D.h. die widersprüchliche Lebenssituation der potentiell revolutionären Subjekte im patriarchalen und rassistischen Kapitalismus in den Metropolen, die gleichzeitig auf vielfältige ökonomische und zivilgesellschaftliche Weise in das System integriert sind, ist immer zu berücksichtigen. Revolutionäre Politik muß also ein realistisches Konzept anbieten, daß diese "Vorteile" (der Integration) aufhebt und gleichzeitig die grundlegenden (unterdrückerischen) Funktionsmechanismen der herrschenden Verhältnisse aufhebt. Solange dies nicht gelingt werden sich die Subjekte immer auch in Harmonisierungs-- und Verdrängungsprozessen befinden.
Gegenüber vulgärmaterialistischen Ansätzen weist der sowjetische Psychologe Leontjew in diesem Zusammenhang auf folgendes hin:

> Das Subjekt "'befindet' (...) sich nicht einfach in der Klassenkonfrontation, sondern es stellt sich selbst auf die eine oder andere Seite der Barrikade. Es zeigt sich, daß sich das Subjekt bei jeder Wende in seinem Lebensweg von etwas befreien muß, etwas in sich festigen muß. Das alles muß getan werden, ein bloßes 'Unterwerfen unter den Einfluß des Milieus' ist nicht möglich."(26)

Daher wird der Widerspruch zwischen dem Anspruch der Subjekte auf Entfaltung ihrer Persönlichkeit und der gesellschaftlichen Realität von Geschlechter-, Klassen- und rassistischer Herrschaft individuell unterschiedlich verarbeitet:

> "z.B. ein konformistisches Sich-Einrichten in Abhängigkeit und Fremdbestimmtheit; ein 'zerrissenes', durch jähe Stimmungsumbrüche und Einstellungsmethamorphosen gekennzeichnetes Leben zwischen Auflehnung (...) und Resignation (...), eine 'kämpferisch-widerständige' Lebensführung in - durchaus nicht unkomplizierter und problemloser - Gemeinschaft mit 'Gleichgesinnten'.(27)

Um letztere Entwicklung zu begünstigen müssen wir einen langandauernden Kampf, in dem die Veränderung der Gesellschaft und die Selbstveränderung zusammenfallen(28), führen.
In diesem Spannungsfeld von objektiver Notwendigkeit und subjektivem Unvermögen bewegt sich (mit allen anderen Gruppen der Linken) auch die RAF. ... und damit schließt sich wieder der Kreis zu dem, was wir am Ende des Abschnittes "Lochte gut - Bundesregierung schlecht?" zum Verhältnis von Reform und Revolution geschrieben haben.

... und die Rolle der RAF dabei

An folgendem Anspruch hat sich auch die RAF gemessen:

> **"Die revolutionäre Propaganda (...) zielt auf die eigene, selbstbewußte Aktion der Massen. Sie hat für diese Aktion Handlungsanleitungen zu empfehlen, die notwendig, konkret und realistisch sein müssen. Die ersten praktischen Schritte bringen Klarheit darüber, ob die Propaganda nur Phrase oder wirklichkeitstüchtiger Wegweiser ist." (29)**

> **"Avantgarde ist (...) nicht die Gruppe, die sich so nennt oder selbst so interpretiert, sondern diejenige, an deren Verhalten und Aktionen sich die revolutionären Massen orientieren." (30)**

Dabei ist sich allerdings nicht an bürgerlichen Werten oder einer Ethik, die qua fehlender gesellschaftlicher Grundlage keine sozialistische sein kann, zu messen.
Realistisch betrachtet - das wird auch die RAF nicht bestreiten wollen - fehlt jedoch die Masse, aus der heraus organisch operiert werden könnte, ohne dabei in Hanna Cashs Fehler zu verfallen, nämlich organisch im bürgerlichen Prozeß zu wirken.
Hanna Cash hat insofern recht, als daß bürgerliche Werte und Ethik das Denken der metropolitanen Bevölkerung bestimmen.
Dieses Denken allerdings ist nicht mit der Liquidationspolitik der RAF aus den Köpfen zu löschen. Der einzige Widerspruch der dadurch wahrgenommen wird ist jener, in dem die RAF zur Gesellschaft steht, nicht der gesellschaftsimmanente. Zweiterer wird durch die Integrationsfunktion der Gesellschaft negiert.

Angesichts dessen ist eine politisch-taktische Herangehensweise gefragt, die sowohl Widerstand als auch eine bündnispolitische Verbreiterung der Einsicht in die Notwendigkeit und Möglichkeit von Widerstand beinhaltet. Durch Widerstand, der an den konkreten Lebensbedingungen der Individuen und Gruppen ansetzt (und dieser von der RAF in nächster Zeit zu beweisende Ansatz war im Anschlag auf Rohwedder und der dazugehörigen Erklärung sichtbar) treten Interessensgegensätze deutlicher zu Tage als im rein militärischen Kampf gegen einen nicht konkret faßbaren Gegner (das Kapital[verhältnis]), der seine Interessen nur über den Staat vermittelt artikuliert. (Wir versuchen zur praktischen Umsetzung dieses Ansatzes, in Analyse verschiedener Politikbereiche, in einigen Wochen ein weiteres Diskussionspapier zu veröffentlichen.)

Für die RAF würde dies, wie schon beschrieben, die Veränderung ihres bisherigen strategischen Konzepts bedeuten. Grundlage hierfür allerdings müßte eine längst notwendige revidierte, realistische Einschätzung der politischen Verhältnisse und der eigenen Funktion innerhalb dieser Verhältnisse sein.

Die RAF wird unter den Bedingungen der Internationalisierung Sicherheitsapparate, der politischen Orientierung auf eine Weltmachtrolle der BRD bei gleichzeitig fortschreitender Marginalisierung von Teilen der hier lebenden Bevölkerung und der Zersplitterung der reduzierten radikalen Linken einer jeden Fraktion des Staates und der Linken zur **propagandistischen** Legitimation der eigenen politischen Praxis. Eine eigenständige Kraft oder revolutionär verändernde Praxis war bei der RAF bisher zu selten auszumachen.

Der Bereich, in dem die RAF momentan am meisten gefragt ist, eine bestimmende Rolle spielen kann und wo sie agieren müßte, ist der Kampf um die Zukunft der Gefangenen. Unsere Vorstellungen zu einer Kampagne für Freilassung der Gefangenen haben wir ja schon an anderer Stelle angeführt.

Hanna Cash ersetzt revolutionäre Theorie und Praxis durch ihre Menschenrechts-Argumentation und macht dadurch eine ernsthafte Diskusion mit der RAF als revolutionärer Organisation unmöglich. Im Gegensatz zu ihrer kommt es uns auf einen in Praxis vermittelten theoretischen Diskussionsprozeß an, der eine Neubestimmung auch der Politik der RAF zum Thema hat (Ansätze s.o.).

Dies bedeutet keine Trennung von Militanz, Protest und Theorie, es bedeutet vielmehr eine Zusammenführung dieser Elemente des Widerstands unter den Prämissen gezielter Forderungen.

Also selbst

> **"Schmelztigel der Vereinigung von Theorie und Praxis (sein, d. Verf.), verstanden als realer geschichtlicher Prozeß"(31).**

Berliner GenossInnen

(1) vgl. für diesen Teil: *o. Verf.*, Hungerstreik-Bilanz, in: Rote Hilfe Info (Westberlin) Nr. 6, Juni 1989, S. 9 ff.; vgl. außerdem: *J. Bruhn*, Politisierung der RAF, in: taz 28.06.1989

(2) *E. Haule* zit. n. taz, 31.05.1989

(3) *Kollektiv RAF*, Über den bewaffneten Kampf in Westeuropa, in: *K. Bittermann (Hg.)*, Die alte Straßenverkehrsordnung, [West]berlin, 1987[3], 49 (84 f.) - Hervorh. i. O.

(4) Die Entscheidung ist u.a. - zusammen mit einer kritischen Anmerkung von *G. Grünwald* - in der Juristenzeitung 1976, S. 766 - 773 veröffentlicht.

(5) So stammen die Konzepte zur Entwicklung des hiesigen Sicherheitsapparates in den letzten 20 Jahren schon aus der vor"terroristischen" Zeit: Ende der 60er Jahre.

(6) *H. Lenhard*, Probleme der Grenzöffnung aus der Sicht eines Landeskriminalamtes, in: Schriftenreihe der Polizeiführungsakademie (Münster/Hiltrup) 3-4/1989 (Grenzöffnung in der Europäischen Gemeinschaft), S. 42 f.

(7) *H. Krauss*, Revolution - Reform - Demokratisierung (I), in: HINTERGRUND (Osnabrück) III/1989, 7 (21)

(8) "Wir sollen nicht meinen, heißt es in der Apostelgeschichte, die Gottheit sei gleich den goldenen, silbernen und steinernden Bildern (...). Und die Menschen sind auch nicht gleich einem so gemachten 'Menschenbild' (...)." *H. Ridder*, "Das Menschenbild des Grundgesetzes", in: Demokratie und Recht (PRV: Köln) 1979, 123 (123)

(9) alle Zitate nach *F. Engels / K. Kautsky*, "Juristen-Sozialismus", in: MEW 21, 491 (507, 495).

(10) vgl. auch: *K. Marx*, Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19, 11 (18)

(11) *Engels/Kautsky*, a.a.O. (FN 9), 508; vgl. *P. Schöttler*, Friedrich Engels und Karl Kautsky als Kritiker des "Juristen-Sozialismus", in: Demokratie und Recht 1980, 3 ff.

(12) *Engels/Kautsky*, a.a.O. (FN 9), 493 - kursive Hervorh. i. O., fette Hervorh. d. Verf.

(13) ebd., 509

(14) *B. Edelmann*, Revisionismus und Recht, in: Demokratie und Recht 1977, 205 (211) - Hervorh. d. Verf.

(15) *H. Geil / U. Günther*, Wie und wozu soll das Recht auf Arbeit verfassungsrechtlich abgesichert werden?, in: Marxistische Blätter 1978, 77 (78, 79, 80 f., 83); *Schöttler*, a.a.O. (FN 11), 24 f.

(16) Gesammelte Werke 19, 291 zit. n. *Schöttler* a.a.O. (FN 11), 17, FN 52 - Hervorh. d. Verf. Entsprechendes gilt für den bewaffneten Kampf: Gramsci kritisiert eine Parteikonzeption, die "einer Armee *bürgerlichen Typs*" entspricht (Einführung in den ersten Kurs der internen Parteischule, in: *A. Gramsci*, Zu Politik, Geschichte und Kultur, hrsg. von *G. Zamis*, Röderberg-Verlag: Frankfurt am Main, 1986[2], 113 [119 f.] - Hervorh. d. Verf.)

(17) *Geil/Günther*, a.a.O. (FN 15), S. 79

(18) *J. C. Mariátegui*, Das Problem des Bodens, in: *ders.*, Sieben Versuche, die peruanische Wirklichkeit zu verstehen, Argument-Verlag/Edition Exodus: (West)berlin / Fribourg (Schweiz), 1986, 49 (72, FN 15) (peruanische Originalausgabe: Lima, 1928). Mariátegui (1894 - 1930) wird gelegentlich als der "Gramsci Lateinamerikas" apostrophiert. Bei seinem Europa-Aufenthalt 1919 - 1923 bekam er u.a. Kontakt zur italienischen ArbeiterInnenbewegung. Auf deutsch ist außerdem von ihm erschienen: Revolution und peruanische Wirklichkeit, hrsg. v. *E. von Oertzen*, isp-Verlag: Frankfurt/M., 1986

(19) zit. n. *Schöttler*, a.a.O. (FN 11), 23.

(20) *Geil/Günther*, a.a.O. (FN 15), 78

(21) Wird in der bürgerlichen Politik in der BRD etwa nicht gelogen? Nein. Bricht die BRD wegen dieser Lügen zusammen? Nein. - Rund 75% der schleswig-holsteinischen WählerInnen haben nach der Barschel-Affaire in einer Umfrage geantwortet, sie könne sich jederzeit und an jedem beliebigen Ort in der BRD wiederholen (INFAS zit. n. SFB II, Mittagsecho, 20.01.1988). "Lüge" führt also in der BRD nicht zu politischer Instabilität. Sie bekräftigt vielmehr die politische Apathie der Massen. "Politik ist halt ein schmutziges Geschäft...", so die fatalistische Rezeption im Massenbewußtsein.

(22) Der "linke Radikalismus", die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: LW 31, 1 (84) - Hervorh. i.O.

(23) *H. Krauss*, Avantgardepartei, Massenorganisation oder Anhängsel 'neuer Bewegungen'? (I), in: HINTERGRUND II/1988, 18

(24) *Teile d. Red.*, Moderner Kapitalismus - ArbeiterInnenklasse - politisches Subjekt, in: PROWO Nr. 11, 01.02.1991, S. 9

(25) *H. Krauss*, Der Prozeß der Überzeugungsbildung als persönlichkeits-psychologischer und pädagogischer Problemgegenstand, in: *G. Auernheimer / H.J. Leidig / C. Schoendorf / G. Twelsiek* (Hg.), Studien zur Tätigkeitstheorie IV. Materialien über die Tätigkeitstheorie A.N. Leontjews

vom 12. - 14.6.1987 in Marburg, Institut für Erziehungswissenschaft am FB 21 der Philipps-Universität: Marburg, 1988, 103 (110)
(26) *A.N. Leontjew*, Tätigkeit, Bewußtsein, Persönlichkeit, Köln, 1982, 205 zit. n. *a.a.O.* (FN 25), S. 126, FN 6 - Hervorh. d. Verf.
(27) *H. Krauss*, Sinnbildung als zentraler Aspekt subjektiver Widerspruchsverarbeitung, in: *M. Holodynski / W. Jantzen (Hg.)*, Studien zur Tätigkeitspsychologie V. Persönlicher Sinn als gesellschaftliches Problem. Materialien über die 5. Arbeitstagung zur Tätigkeitstheorie A.N. Leontjews vom 20. - 22.1.1989 in Bremen. Bielefeld: Universität, 1989, S. 101 (101 f.)
(28) *K. Marx*, Thesen über Feuerbach, in: MEW 3, 3 (6) - Hervorh. i.O.; vgl.: *A.N. Leontjew*, Probleme der Entwicklung des Psychischen, Königstein/Ts., 1980[3], 251 zit. n. *Krauss*, a.a.O. (FN 25), 115;
(29) *Kollektiv RAF*, a.a.O. (FN 3), 60
(30) ebd., 72
(31) *A. Gramsci*, Philosophie der Praxis, hrsg. v. *Ch. Riechers*, Frankfurt/M., 1967, 333, 140 zit. n. *H. Krauss*, Aspekte des theoretischen Schaffens Antonio Gramscis als 'kritischer Leninist': Partei, Hegemonie, Hegemonialkrise, in: HINTERGRUND Sonderausgabe 1/1991 (Antonio Gramsci), 30 (38, 35) - Hervorh. d. Verf. S. dort auch die Beiträge von *M. Grabek*, Revolution und "Jakobinismus" bei Gramsci (S. 47 ff.) und *H. Neubert*, Antonio Gramsci und das Schicksal des "realen Sozialismus" (S. 67 ff.)

Literaturhinweise:

Wir haben in den Fußnoten im wesentlichen nur die wörtlichen Zitate nachgewiesen. Darüber hinaus sind uns einige weitere Texte wichtig, die wir nicht im einzelnen zitiert haben. Auf diese weisen wir in diesem Kasten hin, ohne im einzelnen auf Differenzen und Übereinstimmungen einzugehen.

zur Frage des "individuellen Terrors" bei Lenin:
Zu den jüngsten Ereignissen, in: LW 11, 153 (155)
Der Partisanenkrieg, in: ebd., 202 (204 f., 206 f.)

zum Verhältnis von (bürgerlichem) Recht und (revolutionärer) Politik:
Friedhelm Hase, Herrn Gerd Temings Abschied vom Rechtsstaat, in: Kritische Justiz (EVA: Köln) 1973, 212 ff.
ders., Antikapitalistische Gewerkschaftspolitik als Rechtsprogramm, in: Kritische Justiz (EVA: Frankfurt am Main) 1975, 46, 64 ff.
Helmut Ridder, Die neueren Entwicklungen des Rechtsstaats, in: *Karl-Heinz Schöneburg* (Hg.), Wahrheit und Wahrhaftigkeit in der Rechtsphilosophie. Festschrift für Hermann Klenner, Akademie-Verlag: Berlin (DDR), 1987, 116

zum Verhältnis von Kapitalismus, Patriarchat und Rassismus:
Jenny Bourne, Für einen anti-rassistischen Feminismus!, engl. Originalausgabe: Institute of Race Relations: London, 1984; dt. Übersetzung: Selbstverlag: o.O. (Westberlin?), o.J. (1991?)
Anja Meulenbelt; Scheidelinien. Über Sexismus, Rassismus und Klassismus, Rowohlt: Reinbek bei Hamburg, 1988
o. Verf., Drei zu Eins - Klassenwiderspruch, Rassismus, Sexismus, in: interim. Wöchentliches Berlin-Info (Berlin) Nr. 120, 25.10.1990, 15 ff.;

zu den allgemeinen Perspektiven revolutionärer Politik:
Autonome FfM (Lupus), Stand der autonomen Bewegung, in: Libertäre Tage von Don. 16.4. - Mon. 20.4. in Frankfurt/Fachhochschule. Von sozialen Bewegungen zur sozialen Revolution, o.O. (Frankfurt am Main?), o.J. (1987) = (gekürzt) Arbeiterkampf, AK 282, 04.05.1987, S. 36 f. = (anders gekürzt) Schwarzer Faden Vol. 25, 3/1987, 13 f.
Friedrich Engels, Über die politische Aktion der Arbeiterklasse, in: MEW 17, 412
o. Verf., "Ich sag', wie's ist", Teil I - III, in: interim (Westberlin) Nr. 26, 28.10.1988, Nr. 27, 04.11.1988, Nr. 28, 11.11.1988
sowie die seit 1987 in Marburg erscheinenden "Perspektiven. Zeitschrift für sozialistische Theorie", das Berliner "Projekt Wochenzeitung (ProWo)" (s. insbesondere Nr. 8, 23.11.1990, S. 6 f. zu Rassismus sowie Nr. 14, 10.05.1991, S. 8 zur "rekonstruktion der kommunistischen debatte und praxis in westeuropa") und die Mitte der 80er Jahre erschienende Zeitschrift "Düsseldorfer Debatte".

zur bisherigen Politik der RAF:
Autonome FfM (Lupus), Bestimmung sozialer und gesellschaftlicher Bedingungen aus sozialrevolutionärer Sicht, in: Libertäre Tage, a.a.O., Themenblock I.3., S. 2 ff. = Schwarzer Faden Vol. 23, 1/1987 = (gekürzt) taz, 16.04.(1987?)
Redaktion (Hg.), Bundesrepublik Deutschland (BRD) - Rote Armee Fraktion (RAF), GNN-Verlag: Köln, 1988[4]
Karl Heinz Roth, Über die historische Bedeutung der RAF, in: Klaus Bittermann, a.a.O. (FN 1), 175 ff. = *Karl Heinz Roth / Fritz Teufel*, Klaut sie!, Tübingen, 1979/80

ANZEIGE

WO BLEIBT DIE SCHOKI?

Ritter SPORT VOLLMILCH

FÜR FREIES FLUTEN

gegen Abschiebung

KIEZ DISCO

7. JUNI '91

SO 36

ab 22 Uhr

DJ's: BLACK LIBERATION SOUND SYSTEM

ORANIENSTR. 190 1 BLN 36

Asyl e.V.

LATEINAMERIKATAGE '91

KULTURPROGRAMM — PROGRAMMÜBERSICHT

Lateinamerika-Filmtage vom 6. bis 12. Juni 1991 Filmbühne am Steinplatz

Uraufführung: Zug nach São Paulo
Ein Film von Helmut Dietrich, Video 70 min.
Medienwerkstatt Freiburg, Filmstatt Berlin
Samstag, 8. Juni 16.00

Uraufführung: Que vivan los Crotos
Argentinien 1990 Regie: Ana Poliak
(1. Preis beim Filmfestival in Habana 1990)
Sonntag, 9. Juni 18.30
Mittwoch, 12. Juni 18.00

Blumen-Frauen
Kolumbien 1989, 60 min. R: Martha Rodriguez
Freitag, 7. Juni 17.00

Eine Straße mit dem Namen Brasilien
Brasilien 1989, 85 min. R: Octavio Bezerra
Montag, 10. Juni 18.30
Mittwoch, 12. Juni 16.00

Die geheime Nation
Bolivien 1989, 128 min. R: Jorge Sanjines
Donnerstag, 6. Juni 18.00
Montag, 10. Juni 16.00

Letzte Bilder des Schiffbruchs
Arg. 1989, 131 min. R: Eliseo Subiela
Samstag 8. Juni 18.00
9. Juni 16.00, 11. Juni 18.00

Rückkehr nach Aztlan
Mexiko 1990, 90 min. R: Juan Mora Catlett
Freitag 7. Juni 18.30

Veranstaltungsorte

Caballete de Casa Grimmstr. 6 1/61
Die Pumpe Lützowstr. 42 1/30
Dritte-Welt-Zentrum Winsstr. 53 O-1055
El Locco Kreuzbergstr. 43 1/61
Galerie Olga Benario Boddinstr. 61 1/44
Haus der Kirche Goethestr. 26-30 1/12
IG Metall-Haus Alte-Jakob-Str. 148-55 1/61
Kreuzbüro Großbeerenstraße 1/61
Lateinamerikazentrum Crellestr. 22 1/62
Mehringhof Gneisenaustr. 2 1/61
Nozizwe Turmstr. 72/73 Moabit
Schokofabrik Mariannenstr. 6 1/36
Tamara-Bunke-Club Grobenerstr. 5 Fds.hain
Theater Dialog Oranienstr. 34 1/36
Technische Universität Straße des 17. Juni

Film- und Videoprogramm im Quilombo

Do, 6. Juni — **Naua Huni**
Frankreich 1984, Farbe, 68 min.
Kamera: Barbara Keifenheim

Fr. 7. Juni — **Hungersnot zum Abendbrot**
Notizen zur Entstehung der Weltbilder in unseren Köpfen
BRD 1990, Peter Heller

Sa. 8. Juni — **Bonjour Capitaliste**
Touristen in Afrika
Dokumentarfilm 95 min. W. Grusch

Mo. 10. Juni — **Indigenas in Mexico**
Videos vom Film-Workshop San Mateo del Mar 1985

Di. 11. Juni — **Fernsehfeatures: IndianerAmazoniens**
Filmbeispiele und Diskussion

Mi. 12. Juni — **Actionfilme: Fremde Kulturen**
Über Stereotypenbildung im Film

Do. 13 Juni — **Porque queria estudiar**
Peru 1990, Farbe 35 min.
Regie: Maria Barea

Fr. 14. Juni — **Lateinamerika-Bild in der Fernsehberichterstattung**
Vortrag: Peter Zimmermann

Mi. 19. Juni — **Reise nach Germanistan**
BRD 1976, Video 45 min.
von R. Dhunjiboy und H. Österlich

Do. 20. Juni — **500 Jahre Eroberung**
Videos und Diskussion

Fr. 21. Juni — **Wie andere Neger auch**
BRD 1983, Video 80 min.
R: Diana Bonnelame und Peter Heller

Sa. 22. Juni — **Der Medienblick auf die „Fremden"**
Berichte und Diskussion

Alle Veranstaltungen im Quilombo, Hohenfriedbergstr. 22, 1-62, Beginn 18.00

Presse- und Informationsstelle
[illegible]

Samstag 15. Juni

Großes Eröffnungsfest
mit Iberé Gomes (Brasilien)
Mujeres (Salsa)
Tempodrom 19.00 Eintritt: DM 10,-

Dienstag 18. Juni

Adios Ayacucho
Theater aus Peru von Yuyachkani
Regie: Miguel Rubio - in spanischer Sprache
Quilombo 21.30

Freitag 21. Juni

El Atajo
Theater über das Kokaingeschäft in Kolumbien
mit Julio Ardila - in spanischer Sprache
Theater Dialog 20.00

Samstag 22. Juni

Fiesta Cubana
Alte TU-Mensa 19.00

Ibere Gomes & Band
Show: „No Olho da Rua"
Passionskirche, Marheinekeplatz

21. - 23. Juni

Lateinamerikanisches Straßenfest
Information, Essen, Theater, Tanz, Musik
Mariannenplatz (Kreuzberg)
Kulturprogramm bis 22.00

Ausstellungen

Töchter Americas - Frauenalltag in El Salvador
Foto-Ausstellung vom 2.-27. Juni
Galerie Olga Benario
Mo-Fr 17-21.00

Massenarmut und schmutziger Krieg
Hat Peru eine Perspektive?
Lateinamerikazentrum 19.-23. Juni

Quilombo

„Pedra Podre"
Der deutsch-brasilianische Ato, vertrag
Vortrag und Video
Mi, 12. Juni 20.00

Bar mit Musica ao Vivo
Do, 13. Juni 21.00

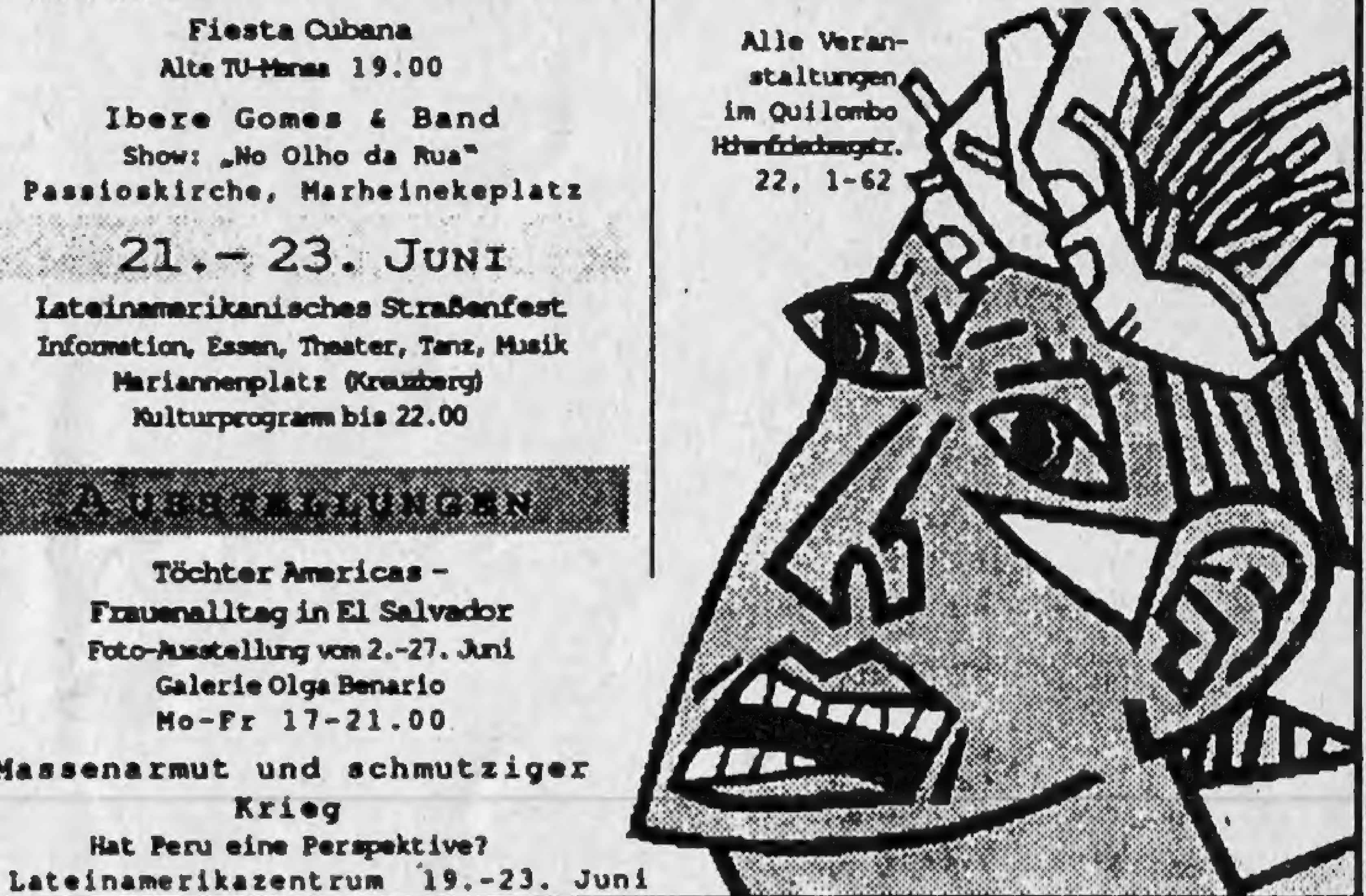
Noites Cariocas
Brasil Disco mit Radio Baquil
Fr, 14. Juni 22.00

Buntes Programm
So, 16. Juni ab 16.00

Landbesetzungen in São Paulo
Dia-Vortrag
Mi, 19. Juni 19.00

Anastacia & Band
Música Popular Brasileira
Fr, 21. Juni 22.00

Alle Veranstaltungen im Quilombo Hohenfriedbergstr. 22, 1-62



Politisches Programm

Montag 3. Juni

Rückkehr salvadorenischer Flüchtlinge
Galerie Olga Benario 18.00

Freitag 7. Juni

Lula kommt
mit Luis Inacio Lula da Silva (PT, Brasilien)
TU Audimax 19.00

Donnerstag 13. Juni

Eröffnungsveranstaltung:
500 Jahre Unterdrückung - 500 Jahre Widerstand
Diskussion mit Indigena-VertreterInnen
TU Hauptgebäude, Raum 104 19.00

El Salvador heute
Dritte-Welt-Zentrum 20.00

Lateinamerika - Bedingungen und Perspektiven nach dem Zusamenbruch des Sozialismus in Osteuropa
Diskussion mit VertreterInnen aus Solidaritätsbewegung, Wissenschaft und Politik
Kreuzbüro 19.30

Freitag 14. Juni

„Otro modo de ser"
Feminismus in Mexico und BRD
Mehringhof, Versammlungsraum 19.30

Lateinamerikanische Landeskonferenz:
„500 Jahre Widerstand dem Kolonialismus in Lateinamerika"
Ort und Zeit werden noch bekanntgegeben!

Samstag 15. Juni

Für Frauen und Lesben:
Frauendiskussion zur 1992-Kampagne
Mehringhof, Versammlungsraum 12-18.00

Sonntag 16. Juni

Marktwirtschaft ohne Alternativen
mit M. Brisson (Haiti), F. Hinkelammert (Costa Rica), Paul Singer (Brasilien)
TU Hauptgebäude, Raum 104 19.00

Ausgerechnet Bananen
Konsequenzen von EG '92 für Zentralamerika und Kolumbien
Galerie Olga Benario 19.00

Was hat denn das mit Politik zu tun?
Kultur und Politik in der 1992-Kampagne
Quilombo ab 18.00

Montag 17. Juni

Lesung: „Kultur des Widerstands"
mit F.E. Huidobro und Mauricio Rosencof (MLN-T, Uruguay)
Mehringhof, Ex 20.00

Workshop: Der totale Markt
mit Franz Hinkelammert (Costa Rica) und Urs Müller-Plantenberg (LAI, Berlin)
Die Pumpe 11-17.00

São Paulo - Desaster oder Hoffnung
Workshop mit Paul Singer (Brasilien)
Quilombo 14-18.00

Deutsche Konzerne auf dem Prüfstand
Brasilianische GewerkschafterInnen berichten
IG-Metall-Haus, 5. OG 18.30

Radio Patria Libre, Kolumbien
Lateinamerikazentrum 19.00

10 Jahre sandinistischer Wirtschaftspolitik - Erfolge und Irrtümer
mit Maria Rosa Renzi (FIDEG, Nicaragua)
Mehringhof, Versammlungsraum 19.30

Zwischen Überleben und Emanzipation
Reisebericht aus Guatemala, Frühjahr 1991
Galerie Olga Benario 19.30

Dienstag 18. Juni

Tag gegen Menschenrechtsverletzungen in Lateinamerika
verschiedene Veranstaltungen
Quilombo ab 17.00

Marsch für Land und Würde
Nachbetrachtung über den Widerstand der Tieflandvölker Boliviens
Galerie Olga Benario 19.00

Behutsame Stadterneuerung in Havanna
mit Mayda Perez (Architektin, Kuba)
Caballete de Casa 19.00

Workshop: „Haiti: Die Volksbewegung an der Macht"
mit M. Brisson (Haiti) und A. Nicola (LAI, Berlin)
Die Pumpe 11-17.00

Von Stadtguerilla zur Massenpartei?
Die politische Arbeit der Tupamaros
mit E.F. Huidobro (MLN-T, Uruguay)
El Locco 21.00

Solo para mujeres latinas:
500 años colonialismo y la realidad de la mujer india
Nozizwe 17.00

Die Diskussion der FSLN um ein neues Wirtschaftskonzept
mit Maria Rosa Renzi (FIDEG, Nicaragua)
Mehringhof, Versammlungsraum 19.30

„Einst Gäste aus Freundesland - heute am liebsten verbannt"
Zur Situation der AusländerInnen in der EX-DDR
Dritte-Welt-Zentrum 20.00

Mittwoch 19. Juni

Die Guerilla zieht Bilanz
mit E.F. Huidobro (MLN-T, Uruguay), A.P. Allende (MIR-Chile) und Maria Amelia Teles (Frauengruppe Uniao de Mulheres de São Paulo)
TU Hauptgebäude, Raum 104 19.00

Bewaffneter Kampf und Dialogprozess
Das Beispiel der URNG in Guatemala
Lateinamerikazentrum 20.00

Mafia, Militär und Menschenrechte
Zur Drogenwirtschaft in Kolumbien und BRD
Dritte-Welt-Zentrum 19.00

Unsere Geschichte ist eine des Widerstands
Für ImmigrantInnen und Flüchtlingsfrauen
Nozizwe 15.00

Städtepartnerschaften und Nicaragua-Solidarität?
Mit den StäPas Berlin, Hamburg und Bremen
Mehringhof, Versammlungsraum 19.30

„Wir Salvadoreños gehen zurück"
Bericht aus El Salvador, Frühjahr 1991
Galerie Olga Benario 19.30

Donnerstag 20. Juni

Workshop:
Sozialismusdebatte in Lateinamerika
Mehringhof, Versammlungsraum 11-17.00

V. Centenario
Frauen-Workshop mit den ReferentInnen der Eröffnungsveranstaltung
Nozizwe 18.00

Wölfe im Schafspelz
Bundesdeutscher Stiftungen in Mittelamerika
TU, Mathematikgebäude, Raum 141 19.00

Zum Problem der Flüchtlinge
Dritte-Welt-Zentrum 20.00

Kolumbien in der Bush-Ära
Tamara-Bunke-Club 19.00

Mit dem Kochlöffel gegen Machismo?
Frauen in Nicaragua
Mehringhof, Versammlungsraum 19.30

Freitag 21. Juni

Gibt es Auswege ohne Schuldenerlaß?
Haus der Kirche, Raum 5 18.00

Frauenbewegung in Argentinien und Brasilien
Frauen-Workshop mit Maria Amelia Teles (Brasilien) uns Elsa Jakobsohn (Argentinien)
Schokofabrik 20.30

Perspektiven revolutionärer Befreiungspolitik
mit William Grigsby (Nicaragua), Manuel Cornejo (FMLN; El Salvador), N.N. (Cuba)
TU Hauptgebäude, Raum 104 18.30

Gramsci, Volxmacht und Befreiung
über Perspektiven und Veränderungen in den Befreiungsbewegungen Lateinamerikas
Lateinamerikazentrum 19.00

Samstag 22. Juni

Demokratie für alle?
Mapuche-Indianer im heutigen Chile
Dritte-Welt-Zentrum 19.00

Sonntag 23. Juni

Sozialismus in Kuba -
mit Sergio Corriere (PCC, Kuba)
Caballete de Casa 17.00

"Kultur des Widerstandes, Kultur im Widerstand"

MO. 17.6.

Memorias del Calabozo - Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur

F.E. Huidobro, Tupamaros (MLN-T, Uruguay) Mauricio Rosencof (MLN-T, Uruguay)

Als 1972 die uruguayische Stadtguerilla "Movimiento de Liberación Nacional" (MLN-Tupamaros) militärisch zerschlagen wird, geraten mit vielen anderem auch Eleuterio Fernández Huidobro und Mauricio Rosencof in Haft. Huidobro, genannt "El Ñato", gehört 1965 zu den Gründungsmitgliedern der MLN. Nach dem Militärputsch 1973 werden Huidobro und Rosencof und sieben weitere führende Mitglieder der Tupamaros zu "Geiseln der Diktatur": Die Militärjunta droht mit der Erschießung der Neun, sollte der Widerstand der Tupamaros gegen die Diktatur fortgesetzt werden. Elf Jahre, sechs Monate und sieben Tage werden sie in den Bunkern und Kasernenkellern der Militärs in schärfster Isolation gefangen gehalten, ehe eine erstarkende Volksbewegung im April 1984 zunächst ihre Rückverlegung in den "regulären Strafvollzug" und am 1.März 1985 nach 12 Jahren Gefangenschaft die Freilassung aller politischen Häftlinge erreicht. Huidobro erklärt noch am selben Tag - als Sprecher der historischen Leitung der Tupamaros - auf einer Pressekonferenz den Neuaufbau der Organisation, nun als legale politische Bewegung. Er selbst wird Mitglied im neuen Zentralkomitee der MLN und leitender Redakteur der Zeitschrift "Mate Amargo". Er entfaltet darüber hinaus eine umfangreiche schriftstellerische Tätigkeit als Chronist der MLN.

Mauricio Rosencof ist als Autor zahlreicher Bücher, im besonderen aber als Verfasser zahlreicher Theaterstücke weit über die Grenzen Uruguays hinaus bekannt geworden. "Memorias del Calabozo" auf deutsch 1990 mit dem Titel "Wie Efeu an der Mauer - Erinnerungen aus den Kerkern der Diktatur" erschienen, sind das Ergebnis langer Gespräche, die Huidobro und Rosencof nach ihrer Freilasssung führten und die von "Radio Panamericana" - dem Radiosender der Tupamaros - ausgestrahlt wurden. "Dieses Buch feiert einen Sieg der menschlichen Sprache. Mauricio Rosencof und "El Ñato" Eleuterio Fernandez Huidobro rufen auf diesen Seiten ihre Erfahrungen in jenem Reich der Stille und des Terrors wach: Sie erzählen, wie sie 'wie Efeu an der Mauer' dem Leben verhaftet, ihre Würde als Menschen vor einem System retten konnten, das sie in den Wahnsinn treiben und in leblose Dinge verwandeln wollte" (Eduardo Galeano).

Eleuterio Fernandez Huidobro und Mauricio Rosencof werden aus "Memorias del Calabozo" lesen. Für nicht spanisch sprechende Menschen wird die Übersetzerin des Buches, Lydia Hantke, die zitierten Textpassagen auf deutsch lesen.



Mauricio Rosencof (MLN)

Eleuterio Fernandez Huiudobro (MLN)

EX - GNEISENAUSTR. 2A

LATEINAMERIKATAGE '91

SO. 9.6. *FRAUEN HINTER DER FRONT* (NICARAGUA '87)

SO. 16.6. *BIS ZU EINEM GEWISSEN PUNKT* (CUBA '83)

MO. 17.6. *Lesung:* "Kultur des Widerstandes, Kultur im Widerstand"

SO. 23.6. *LAS ESTRELLAS DE LA GLORIA* (EL SALVADOR '91)



IM EX

Termine...Termine...Termine...

Do 6.6.

17.00 Offenes Plenum im El Locco für alle Frauen, die Interesse haben am Frauentag was zu machen

19.00 Die revoltierenden russischen Frauen im 19. Jahrhundert, Film nur für Frauen, El Locco

20.00 Voixküche, Adalbertstr.32 danach Film Wir Kellerkinder

20.30 500 Jahre Widerstand, Simplemente Jenny, Kino im KOB, Potse 157

21.00 9 Tage hinter Barrikaden, Film, Daneben, Rigaerstr. 84

21.00 Madame X nur für Frauen, El Locco

22.30 Chela, Frauen Kurzfilme, Kino im KOB

Fr.7.6.

19.00 Vermischte Nachrichten, Film, El Locco

19.00 Lula kommt, Veranstaltung, Lati-Tage, TU-Audimax

20.30 500 Jahre Widerstand, Simplemente Jenny, Kino im KOB, Potse 157

21.00 Network, Film El Locco

21.00 Sie würden uns gern im Knast begraben, Film, Anschlag, Kreutziger 18

22.00 Freies Fluten, Soli-Disko, Asyl e.V. im SO36

22.30 Chela, Frauen Kurzfilme, Kino im KOB

Sa 8.6.

15.00 Radio Gegenöffentlichkeit, Seminar, El Locco

19.00 Film zu Radio Dreyeckland, Film, El Locco

20.30 Viridiana, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

21.00 Schade, daß Beton nicht brennt, Film, Daneben

21.00 Blue Velvet, Eraserhead, Liquid Sky, Filmnacht, Anschlag

22.00 Arsen und Spitzenhäubchen, Wie andere Neger, Born in Flames, Filmnacht, SO36

22.30 Tod eines Bürokraten, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

23.00 Help, Film, Daneben

abends Soli-Disko und Live Musik für VoKü "Edith Piaf" Schizzo Tempel Rigaerstr.78

So 9.6.

15.00 Radio Gegenöffentlichkeit, Seminar, El Locco

19.00 Aufstieg und Fall des Medienzaren Alfred Hugenberg, Film, El Locco

20.00 Frauen hinter der Front, Nicaragua, Film im Ex

20.30 Tod eines Bürokraten, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

21.00 1/2 Mensch, Einstürzende Neubauten, Film, El Locco

22.30 Viridiana, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

Mo. 10.6.

19.00 Das neue Ausländergesetz als Meilenstein einer ausländerfeindlichen Gesellschaft?, Ausstellung vom VVN/VdA in Galerie Olga Benario, Boddinstr.61

21.00 Eraserhead, Film, Anschlag

Di 11.6.

19.00 Das Netz, Film El Locco

20.30 Die offizielle Geschichte, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

21.00 Der Riese, Film El Locco

21.00 Eat the Rich, Film, Daneben

21.00 Yanks rasu Festival, Anti-Reagan Filme SO36

22.30 Eine Straße namens Brasilien, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

Mi 12.6.

17.00 Medienmonopole, Diskussion, El Locco

19.00 Network, Film, El Locco

20.30 Iracema, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

22.30 Die offizielle Geschichte, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

21.00 Litauen-Veranstaltung und Film, Anschlag

21.00 Ingos Interview oder die Eitelkeit des Fernsehens, Film, El Locco

Do 13.6.

19.00 Eröffnungsveranstaltung 500 Jahre Unterdrückung - 500 Jahre Widerstand, TU Hauptgebäude, Raum 104

19.30 Lateinamerika - Bedingungen und Perspektiven nach dem Zusammenbruch des Sozialismus in Osteuropa, Diskussion mit Vertreterinnen aus Solidaritätsbewegung, Wissenschaft und Poltik (was soll das?), Kreuzbüro (Großbeerenstr.)

20.00 El Salvador heute Dritte Welt Zentrum (Wo isn das?)

20.30 Eine Straße namens Brasilien, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

21.00 Projekt Arthur- Die Gewaltfrage, Film, Daneben

22.30 Iracema, Film, Lati-Tage, Kino im KOB

Fr. 14.6.

21.00 Deep Jones, Subtones, Konzert im SO36

Sa. 15.6.

21.00 3. Pogo-Punk Kiez Abfaarparty, Görlitzerbhf

21.00 Seuche, Anrefhn, Konzert im SO36

Sa22.6.

15.00 FASCHO HALTS MAUL, AntiFa Demo in JENA, Saalbahnhof

22.00 Harry Hundt im SO36

Lesben + Schwule gegen faschistische Gewalt



Fr., 7.6.'91

17.00
Auftaktkundgebung am Alex, Weltzeituhr
danach gemeinsame S-Bahnfahrt zur Warschauer Str.

18.00
Demo S-Bahnhof Warschauer Str.
Abschlußkundgebung vor dem S-Bahnhof Lichtenberg

Auch unsere heterosexuell veranlagten MitburgerInnen sind wärmstens aufgerufen: Laßt den Kaffee, laßt die Sahne kommt herunter, schwenkt die Fahne!